



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

29. Sitzung vom 9. Dezember 2019

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 21.55 Uhr

Leitung: Susanna Keller (Präsidentin)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Susanne Tribolet

Verspätet: Luzia Sutter Rehmann (ab 19.15 Uhr), Marc Schinzel (ab 19.15 Uhr)

Präsidentin:

Susanna Keller

Protokoll:

Sara Selimovic

Begrüssung und Mitteilungen der Präsidentin

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP heisst alle Anwesenden herzlich willkommen. Speziell begrüsst sie alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, Gemeindepräsident Mike Keller, alle weiteren Mitglieder des Gemeinderats, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Sara Selimovic für das Protokoll und die Bedienung der Abstimmungsanlage, sowie alle weiteren Anwesenden der Verwaltung, die Vertreter der Presse und das anwesende Publikum. Entschuldigt ist Susanne Tribolet, SP. Etwas verspätet kommen Luzia Sutter Rehmann, Grüne, und Marc Schinzel, FDP. Somit sind zurzeit 37 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 183, Postulat D. Zimmermann, FDP, und Mitunterzeichnende FDP: Sicherheit im Strassenraum
Nr. 184, Interpellation D. Zimmermann, FDP: Binningen muss Bauzonen aufgeben?
Nr. 185, Anfrage Ph. Spitz, SP: Erweiterung des Zolli Basel nach Binningen (Schutzmatten-Parzelle)
Nr. 186, Anfrage S. Abt, SP: 5G – Skepsis wie in Reinach, so auch in Binningen
Nr. 187, Anfrage R. Büchelin, SP: Glasfasernetz in Binningen
Nr. 188, Anfrage R. Oberli, SVP: Parkplatzabbau

Die Präsidentin informiert, dass die Anfragen am Ende der Sitzung durch die zuständigen Gemeinderatsmitglieder beantwortet werden.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 04.11.2019	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.09.2019 Budget 2020, Leistungsaufträge 2020, Finanzplan 2021-2024 Geschäftskreisführung: Christoph Anliker Bericht der GRPK zum Budget 2020	165 165A
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.11.2019 Volksinitiative «Binner Boden behalten» (Bodeninitiative) Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	182
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2019 Motion SVP-Fraktion: Abfallgebühren müssen gesenkt werden Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	144
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2019 Postulat P. Bräutigam, CVP: Teilnahme der Gemeinde am Clean-Up-Day Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	146
6. Bericht des Gemeinderats vom 12.11.2019 Interpellation S. Inäbitt, FDP: Negativzinsen für Fremdkapital Geschäftskreisführung: Christoph Anliker	171
7. Bericht des Gemeinderats vom 19.11.2019 Entschädigung von Entlastungsleistungen bei der Pflege und Betreuung zuhause – Zwischenbericht Geschäftskreisführung: Barbara Jost	181
8. Bericht des Gemeinderats vom 15.10.2019 Interpellation B. Büschlen, Grüne: Raumsituation Kindergarten Schlossacker Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	156
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.09.2019 Postulat St. Appenzeller, SP: Ausstieg aus der Versorgung mit Erdgasnetz zur Wärmeerzeugung in Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	158
10. Bericht des Gemeinderats vom 19.10.2019 Arealentwicklung Hauptstrasse Nordwest, Verkauf Liegenschaft Hauptstrasse 14 (Parzelle 443) Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	174
11. Bericht des Gemeinderats vom 26.11.2019 Interpellation S. Abt, SP: Umsetzung des Lichtschutzes in Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	170

13. **Diversa**

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP merkt an, dass die offiziellen Traktanden an der heutigen Sitzung bis um 21.30 Uhr behandelt werden. Danach werden die Anfragen beantwortet und das letzte Traktandum „Diversa“ behandelt. Im Anschluss an die Einwohnerratssitzung wartet ein Apéro, gesponsert von der SVP, auf die Anwesenden.

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 04.11.2019

Die Präsidentin teilt mit, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind und das Protokoll im Einwohnerratsbüro genehmigt und verabschiedet worden ist. Sie spricht ein herzliches Dankeschön an Sara Selimovic für das Protokoll aus.

://: Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

Nr. 165 und 165A

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.09.2019
Budget 2020, Leistungsaufträge 2020, Finanzplan 2021-2024
Bericht der GRPK zum Budget 2020

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP verkündet, dass die Anträge der GRPK und jene des Gemeinderats identisch waren. Unterdessen ist ein Brief des Kantons eingetroffen, der sich zum dritten Punkt des vierten Antrags, dem Kapitalsteuersatz, äussert. Aus diesem Grund wird die Präsidentin vor dem GRPK-Präsidenten dem zuständigen Finanzchef und Gemeinderat Christoph Anliker das Wort geben.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP merkt an, dass die Einwohnerratsmitglieder zusammen mit den Vorstössen ein neues Papier ausgeteilt bekommen haben. Hierbei handelt es sich um die korrigierte Version der Anträge an den Einwohnerrat. Vom Kanton kam die Information, dass aufgrund der Abstimmung am 24. November 2019 und der damit verbundenen Annahme der Steuervorlage 17, der Kapitalsteuersatz für die nächsten drei Jahre (2020 bis 2022) 0,55 % beträgt. Dies ist eine Kenntnissnahme und die Präsidentin wird deshalb nicht über diesen Antrag abstimmen. Dadurch wird das Resultat ein wenig besser und die neuen Zahlen wurden auf der korrigierten Version gelb hinterlegt. Der Redner bittet an dieser Stelle erneut um Kenntnissnahme.

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP bedankt sich zuerst bei Gemeinderat Christoph Anliker für das vorherige Votum. Dies bedarf nun keiner weiteren Erläuterungen. Es soll jedoch gesagt sein, dass der GRPK-Bericht schon fertig war, bevor die Abstimmungsergebnisse vom 24. November 2019 vorgelegen sind. Die Budgetberatung hat in diesem Jahr keine besonderen Probleme geboten. Das Budget schliesst schliesslich sehr ausgeglichen mit einer gleichsam schwarzen Null ab bei einem Ertragsüberschuss von knapp CHF 200 000. Eine Steuersenkung oder Steuererhöhung war kein Thema. Sondereffekte, besonders die hohen Steuereinnahmen, werden andererseits künftig eher ausbleiben. Die GRPK anerkennt die sehr gute Arbeit in sämtlichen Produktgruppen. Sie kritisiert jedoch den immer noch vorhandenen, ärgerlichen Investitionsstau. Beispiele dazu werden im Bericht genannt. Die GRPK fordert hier vom Gemeinderat mit Nachdruck rasche Abhilfe. In gleicher Weise wird eine frühere und präzisere Information an die GRPK und den Einwohnerrat bei grösseren Vorhaben erwartet. Ausserdem ist für die GRPK Wachsamkeit beim Umgang mit den vorhandenen finanziellen Mitteln von einzelnen Produktgruppen notwendig. Auf dies kommt der Redner später noch zurück. Nun möchte der GRPK-Präsident danke sagen. Und zwar dieses Mal in besonderer Art und Weise. Erstens hat die GRPK positiv festgestellt, dass die Qualität und Transparenz der Budgetberichterstattung im Vergleich zum Vorjahr markant gesteigert werden

konnten. Die Genauigkeit konnte verbessert werden, nicht zuletzt, weil sinnvolle, neue Grafiken eingefügt wurden. Dadurch wurde der Kommission die Behandlung des Budgets wesentlich erleichtert. Zum zweiten möchte der Redner einen personalisierten Dank an sämtliche Beteiligte richten. Allen voran wird Gemeinderat Christoph Anliker gedankt, der die GRPK in mehr als einer Sitzung zur Budgetberatung ausserordentlich kompetent unterstützt sowie Rede und Antwort gestanden hat. Dies hat die Kommission rascher als üblicherweise vorwärts kommen und fertig werden lassen. Nun möchte der GRPK-Präsident explizit zwei Persönlichkeiten aus der Verwaltung erwähnen. Nämlich Dominique Ehrsam, welche sich mit viel Elan und sogar Begeisterung als Stellvertretung von Linda Gerstner in seine Assistentinnen-Funktion versetzt. Sie hat ihn in seiner Arbeit, die immer, auch bei der Rechnung, durch sehr viel Zeitdruck gekennzeichnet ist, entlastet. Besonders zu erwähnen ist auch der Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, der in unprätentiöser Art und Weise seine hohe Verantwortung als „neuer“ Finanzchef wahrgenommen hat und massgeblich dazu beigetragen hat, dass eine hervorragende Budgetvorlage vorgelegt werden konnte. Diesen beiden Personen gilt ein ganz persönlicher grosser Dank. Schliesslich möchte der Redner seine vier SubKo-Präsidentinnen und SubKo-Präsidenten namentlich erwähnen: Christoph Daniel Maier, Gaida Löhr, Urs Brunner und Karin Glaser. Diese haben ihn und seinen Vize Stephan Appenzeller durch ihre hohe Fachkompetenz beeindruckt. Auch Daniel Zimmermann möchte der GRPK-Präsident erwähnen, welcher ihm wichtige Spezialinformation geliefert hat, die in den Bericht eingeflossen sind.

Wie bereits angetönt haben sich auch in dieser Budgetprüfung die Subkommissionen G1, G2 und G3 mit den einzelnen Produktgruppen auseinandergesetzt und den Gemeinderat zu Hearings empfangen. Währenddessen hat die SubKo R ihr Augenmerk dem rechnerischen, finanztechnischen Aspekt des Budgets gewidmet. Diese Organisation hat sich bewährt. Der Redner will explizit anmerken, dass sich die GRPK zwecks präziserer Antworten auf bestimmte Fragen und Lokalisierung von Abweichungen auch künftig über das ganze Jahr verteilt nicht nur mit Rechnungs- und Budgetfragen, sondern auch mit Geschäftsprüfungsthemen beschäftigen wird. Der GRPK-Präsident widmet sich jetzt der Ausgangslage und den Schwerpunkten. Wie schon gesagt sind weitere Sondereffekte aus den Steuern nicht zu erwarten. Der weitaus überwiegende Teil der Steuereinnahmen, nämlich rund 62 Mio. Franken, wird von natürlichen Personen bestritten. Was Freude bereitet ist, dass die Gemeinde Binningen ihrer Bevölkerung auch im nächsten Jahr ein gutes Dienstleistungsangebot anbieten können wird. Dies bei einem Gesamtaufwand von etwa 88,5 Mio. Franken. Der Redner erwähnt bewusst nochmals den Investitionsstau, weil dies ein Thema ist, welches die GRPK stark beschäftigt. Dieser Investitionsstau muss schnellstmöglich abgebaut werden. Die GRPK ist auf die hängigen Investitionen, die in der Warteschlange sind, bei der Behandlung der Budgets in den einzelnen Produktgruppen präzise zurückgekommen, damit sich die Kolleginnen und Kollegen im Parlament auch diesbezüglich ein genaues Bild machen konnten.

Der Redner greift nun einzelne Aspekte bei den verschiedenen Produktgruppen heraus. Zuerst spricht er die Einwohnerdienste und Aussenbeziehungen an. Die GRPK hält das Projekt Gemeinde-TV von Binningen grundsätzlich für eine gute Sache, auch wenn noch viele Fragen offen sind. Und weil offene Fragen vorhanden sind, möchte die GRPK, auch stellvertretend für andere Geschäfte, dazu anregen, dass das Parlament sowie die Bürgerinnen und Bürger frühzeitiger über solche Neuerungen informiert werden und nicht erst in der Budgetvorlage davon erfahren. In der Produktgruppe 2, Finanzen und Steuern, begrüsst die GRPK, dass man bei der Budgetierung die Praxis einer zurückhaltenden Steuerertragswartung pflegt. Was den Mittagstisch anbelangt, ist die GRPK mit dem Schichtbetrieb im Meiriacker Schulhaus nicht zufrieden. Dort muss etwas passieren. Der Redner kommt nochmals auf den Investitionsstau zurück. Die Sanierung des Kindergartens Schützenweg ist ein Beispiel und beim Hallenbad wird offensichtlich, dass dringende Investitionen immer wieder verschoben werden. Deshalb erwartet die GRPK, dass dies abgebaut wird. Es reicht nicht, wenn man einfach auf die Immobilien-Strategie wartet. In der Produktgruppe Öffentliche Sicherheit zeigt sich, dass die Relation zwischen den Budgets von einzelnen Produktgruppen nicht mehr ganz zu stimmen scheint. Es fällt beispielsweise auf, dass im Vergleich zur Produktgruppe 5, dort am Beispiel Musikschule, deren Budget CHF 1 830 912 beträgt und das Globalbudget der gesamten öffentlichen Sicherheit lediglich CHF 500 000 niedriger ist. Es wäre erstre-

benswert, wenn zwischen den einzelnen Produktgruppen etwas ausgeglichene Zahlen herrschen würden. Sicher gibt die Kostenentwicklung bei der Musikschule keinen Anlass zur Besorgnis, aber sie ist erheblich. Zu den sozialen Diensten wurde kürzlich beschlossen, dass der Verein Region Leimental Plus ins Leben gerufen wird. Dort kann möglicherweise im Bereich Asyl durch die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit eine gewisse Entlastung erbracht werden. Das gleiche gilt übrigens auch für Produktgruppe 8: Verkehr und Strassen. Schliesslich kommt der GRPK-Präsident zur Produktgruppe Versorgung und Umwelt. Dort legt die GRPK ihre Finger auf die Prüfung von Alternativen und erneuerbarer Energien. Die GRPK ist der Meinung, dass dies auch der Erwartung der Binner Bevölkerung entspricht und zwar dann, wenn die neuen Stromlieferungsverträge ausgehandelt werden. Dies waren die Bemerkungen der GRPK.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP dankt dem GRPK-Präsidenten für diese wertvolle Prüfung und den Bericht. Unterdessen ist Luzia Sutter Rehmann eingetroffen, also sind im Moment 38 Ratsmitglieder anwesend. Die Präsidentin merkt erneut an, dass die Einwohnerratsmitglieder mit der neuen Antragsliste ein neues Blatt vorliegen haben. Sie bittet alle darum, an der heutigen Sitzung ausschliesslich mit diesen Anträgen zu arbeiten, die bereinigten Zahlen sind darauf gelb hinterlegt. Die Präsidentin bittet an dieser Stelle die Fraktionssprechenden, erst in der Detailberatung zu den Produktgruppen und den Leistungszentren ihre Anträge an der jeweils richtigen Stelle schriftlich und gut leserlich einzubringen. Sie bittet nun den ersten Fraktionssprecher zu Wort.

Urs Brunner, SVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung im Namen der SVP-Fraktion für das ausgeglichene Budget 2020 und den ausführlichen und detaillierten Bericht vom 10.09.2019 an den Einwohnerrat. Der Budgetbericht des Gemeinderats ist im Vergleich zum Budget 2019 optisch verbessert und ausgebaut worden. Im Bericht sind neu eine dreistufige Erfolgsrechnung, ein Finanzierungsausweis und eine Geldflussrechnung zu finden, welche Auskunft über die Herkunft und die Verwendung der Geldmittel geben. Die Geldflussrechnung trägt wesentlich zur Verbesserung der Transparenz bei. Auch der GRPK wird ein Dank für ihre Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung des Budgetberichts ausgesprochen. Obwohl der Gemeinderat im Budget 2020 mit einem Anstieg der gesamten Steuereinnahmen rechnet, bereitet der SVP-Fraktion die Zunahme der Ausgaben Sorgen. Der Redner möchte ein paar Beispiele nennen. Der Personalaufwand nimmt um 1,7 Mio. Franken zu. Der Sach- und Betriebsaufwand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. Franken. Im kommenden Jahr sind Investitionen von 11,9 Mio. Franken geplant. Die SVP-Fraktion wird genau auf die Entwicklung dieser Ausgaben und Investitionen schauen und diese auch hinterfragen. Die Reduktion des Kapitalsteuersatzes von 1,75 % auf 0,55 % nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis. Ebenso werden die Direktinvestitionen für die Ersatzbeschaffung eines Werkhoffahrzeugs und die Erarbeitung eines Vorprojekts zur Sanierung vom Hallenbad in Binningen unterstützt. Die SVP-Fraktion stimmt allen Anträgen der GRPK respektive des Gemeinderats zu.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich im Namen der CVP-Fraktion beim Gemeinderat und der Verwaltung für das vorliegende Budget. Die CVP-Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat ein ausgeglichenes Budget präsentieren kann. Das sogar mit einem leichten Ertragsüberschuss von neu ca. CHF 193 000. Auch geht ein Dankeschön an die GRPK und deren Präsident Karl J. Heim für die grosse vorbereitende Arbeit und den Bericht. Die CVP-Fraktion ist mit dem vorliegenden Budget sehr zufrieden. Das bei einem attraktiven, konstanten Steuerfuss von 48 % und einem vom Kanton ab 2020 vorgeschriebenen Kapitalsteuersatz von 0,55 %. Damit zählt Binningen zu den fünf steuergünstigsten Gemeinden im Kanton. Binningen soll auch in Zukunft ein sehr gutes Dienstleistungsangebot mit einem attraktiven Steuerfuss anstreben müssen. Gesunde Finanzen sind wirklich wichtig für ein ausgeglichenes Zusammenleben sowie für die sozialen Begehren und Wünsche aller Bewohner unserer Gemeinde. Eventuelle weitere Wortmeldungen kommen später bei den einzelnen Produktgruppen und Leistungszentren. Der Redner teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Anträgen 1-7 und 9 folgt und den Antrag 8 zur Kenntnis nimmt. Somit wird sie dem Budget 2020 zustimmen.

Stefan Appenzeller, SP möchte sich ebenfalls kurz fassen und sich dem Dank für den informativen Bericht anschliessen, der sowohl der Verwaltung als auch dem Gemeinderat gilt. Der Bericht hat wie bereits erwähnt an Qualität und an Transparenz gewonnen. Auch bedankt er sich bei der GRPK für die konstruktive Beratung und Konsensfindung. Der Redner möchte hervorheben, dass mit diesem Budget eine gute Grundlage vorhanden ist. Sowohl die Qualität der Berichterstattung als auch die Art und Weise der Budgetierung tragen dazu bei. Es herrscht eine realistischere Einschätzung bei den Budgetierungsgrundsätzen, was auch die mittelfristige Steuereinnahmeentwicklung anbelangt. Auch die SP erwartet, dass die Deltas zwischen Budget und Rechnung kleiner werden und weniger Feuerwehractionen in die eine oder andere Richtung stattfinden, wie dies in der Vergangenheit auch schon der Fall war. Das Budget schliesst mit einem leichten Plus ab, was positiv ist. Der Redner betont, dass, wie auch schon der Vorredner es erwähnt hat, Binningen nach wie vor zu den steuergünstigsten Gemeinden im Kanton gehört. Aus Sicht der SP sind selbstverständlich nicht alle Wünsche erfüllt. Es gäbe schon noch einige Sachen für das Christkind, aber diese werden jetzt nicht in Antragsform abgegeben. Dafür werden andere Mittel verwendet, welche der politische betrieb bietet. Einige Stellen, wo Handlungsbedarf besteht, sind auch im GRPK-Bericht erwähnt. Summa summarum kommt der Votant zum selben Schluss wie der Vorredner: Die SP-Fraktion stimmt allen Anträgen zu.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP erwähnt, dass inzwischen Marc Schinzel eingetroffen ist und somit 39 Ratsmitglieder anwesend sind.

Karin Glaser, Grüne dankt im Namen der Fraktion ebenfalls dem Gemeinderat und der Verwaltung für die übersichtliche Aufstellung dieses Budgets. In der GRPK ist es auf offene Fragen geprüft worden, welche zusammen mit den Gemeinderäten geklärt worden sind. Die Grünen begrüssen das Plus im Budget, da keine unnötigen Streichungen unternommen werden müssen. Es gibt keine Einwände dazu, das Budget ist klar und übersichtlich. Die Rednerin teilt mit, dass die Grüne Fraktion den Anträgen zustimmen wird und der eine Punkt, der für die Fraktion noch offen war, hat sich selbst geklärt, da er vom Kanton vorgeschrieben worden ist.

Christoph Maier, FDP nimmt im Namen der FDP-Fraktion Stellung zum Budget und den Anträgen der GRPK. Zuerst möchte er sich dem Dank der Vorredner anschliessen. Wie es die Vorredner schon betont haben, liegt ein ausgeglichenes Budget vor. Ein kleiner in das Budget zeigt, dass dieses ausgeglichene Budget durch eine Neubudgetierung der Einnahmen erreicht werden konnte. Nicht wie in früheren Jahren geht der Gemeinderat davon aus, dass die Einnahmen gleich bleiben, sondern schlägt vor, neu mit steigenden Einnahmen zu rechnen. Dabei kommt er rechnerisch auf ein ausgeglichenes Budget. Es ist richtig, dass mit steigenden Einnahmen gerechnet wird. Vergleicht man dies nämlich mit den vergangenen Jahren, stellt man fest, dass die Einnahmen tatsächlich immer gestiegen sind und dass auch der Kanton bei seiner Budgetierung mit steigenden Einnahmen rechnet. Von dem her kann dies sachlich nachvollzogen werden. Hingegen darf man dies schlussendlich nicht überbewerten, dass heute ein ausgeglichenes Budget präsentiert wird. Insbesondere, weil die Ausgaben weiterhin ungebremsst steigen. Das zeigt sich schön und transparent an dem vorgelegten Bericht. Der Bericht hat auch insgesamt an Transparenz gewonnen, weil er neue Darstellungen aufweist, die in der Zukunft erlauben werden, das Budget und die darauffolgende Rechnung noch genauer zu analysieren. Der Redner weist insbesondere darauf hin, dass neu eine dreistufige Erfolgsrechnung vorliegt, sodass eine bessere Analyse, unter anderem von der Entstehung gewisser Kennzahlen, möglich wird. Die FDP-Fraktion folgt den Anträgen der GRPK.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP bedankt sich für die vielen Danksagungen. Er will jedoch noch jemanden erwähnen, der hierbei vergessen wurde: Stephan Leu. Er hat den Gemeinderat in der Abwesenheit von Ingrid Haldimann sehr tatkräftig unterstützt und hat im Budget sehr viel Mitarbeit geleistet, unter anderem bei all den neuen Grafiken. Der Redner findet es wichtig, dies zu erwähnen und an dieser Stelle zu verdanken. Nun kommt der Gemeinderat zum Budget und den eingegangenen Voten. Die im Vergleich zum Vorjahr positive Aufnahme erfreut ihn sehr und es ist schön, wenn keine grosse Dis-

kussion stattfindet. Wo das Vorjahr schon erwähnt und vor allem der Input der FDP-Fraktion aufgenommen wird, dass „nur“ die Steuereinnahmen gestiegen sind und deshalb ein Ausgleich stattfand, kann man dem so unter dem Strich nicht zustimmen. Wenn man den Nettofinanzausgleich betrachtet, ist erkennbar, dass Binningen im Vergleich zum letzten Jahr 1,7 Mio. Franken weniger einbezahlt hat. Wie alle wissen, ist das viel mehr, als letztes Jahr eingespart wurde. Sprich man befindet sich nun auf einer besseren Ebene, was das Niveau angeht. Was an dieser Stelle auch noch gesagt werden muss, wenn man betreffend Steuereinnahmen in die Zukunft schaut, ist, dass eine Annäherung an die Realität stattfindet. Es ist ein Versuch, die Deltas näher aneinander zu bringen, um im Sommer nicht alle Jahre wieder irgendwo ein paar Millionen Franken zu finden, sondern dass man da näher beieinander ist. Die Intention ist es, genauer zu werden. Selbstverständlich wird sehr genau darauf geschaut, wie sich das dieses Jahr entwickelt und allenfalls auch nächstes Jahr. Wenn festgestellt wird, dass es in die falsche Richtung geht, wird natürlich wieder zurückgeschraubt, das ist ganz klar. Auf der anderen Seite ist der Gemeinderat der Meinung, wenn man die letzten Jahre anschaut, dass dieser Weg in einem moderaten Anstieg der budgetierten Steuereinnahmen liegt. Wenn man den Blick hingegen in die Zukunft richtet, verbessert sich der Finanzplan hierdurch natürlich. Die Frage ist jedoch, ob es so zu tragen kommt, wie es gedacht ist. Dies wird sich noch herausstellen. Der Gemeinderat denkt, dass die Annäherung wichtig ist, genauso wie ein Auge auf die Entwicklung zu werfen und wahrscheinlich liegt die Wahrheit irgendwo dazwischen. Nun äussert sich der Redner zum angesprochenen Investitionsstau. Wenn man das Budget anschaut, ist das Mühlemattschulhaus drin, worüber es dieses Jahr eine Abstimmung gab, die Benkenstrasse, die dieses Jahr im Einwohnerrat war und das Schulhaus Dorf war ebenfalls im Einwohnerrat. Trotz Immobilienstrategie kommt man voran. Die Zeit läuft schliesslich weiter und es kann nicht stehen geblieben werden. Auch kann nicht auf allerlei Dokumente gewartet werden, deshalb schreitet man fort und ist somit bereit, den Investitionsstau aufzulösen und zu bereinigen. Es wurde gesagt, dass es sehr viele Änderungen am Budget gab und mehr Inhalt. Das Ziel ist es, ein transparenteres Budget zu schaffen, welches bessere Auskunft sowie Lesbarkeit gibt und einen höheren Informationsgehalt bieten soll. Einige Beispiele wurden bereits genannt: Die dreistufige Erfolgsrechnung und die Geldflussrechnung, welche vor allem in der Rechnung interessant wird, um zu sehen, wo das Geld hingeflossen ist, denn das wissen wir ja zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau, es ist jedoch geplant. Nun drückt der Gemeinderat erneut aus, dass er über die positive Aufnahme des Budgets erfreut ist und bedankt sich bei allen für die Annahme des Budgets.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP schreitet nun zur Detailberatung fort und kommt zuerst zu den einzelnen Produktgruppen. Sie wird alle Produktgruppen einzeln runterlesen und den Ratsmitgliedern die Möglichkeit geben, etwas dazu zu sagen.

Produktgruppen 1 – 10

Keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin schreitet direkt zu den verschiedenen Leistungszentren fort.

Leistungszentren 1 – 6

Keine Wortmeldungen.

Da es weder zu den Produktgruppen noch zu den Leistungszentren Wortmeldungen gibt, kommt die Präsidentin zu den Anträgen der GRPK und bittet erneut alle Ratsmitglieder darum, das neue Antragsblatt mit den gelb hinterlegten Zahlen zu verwenden.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 der GRPK: 37 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 01)

BESCHLUSS

://: Die Leistungsaufträge werden genehmigt.

Antrag 2 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

BESCHLUSS

://: Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt 51 492 183 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

	CHF
- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2 477 631
- Steuern	1 340 343
- Gesundheit	9 921 854
- Kultur, Freizeit, Sport	4 316 174
- Bildung	19 520 726
- Öffentliche Sicherheit	1 325 554
- Soziale Dienste	8 117 007
- Verkehr, Strassen	2 889 599
- Versorgung	1 062 459
- Ortsplanung, Baugesuche	520 838

Antrag 3 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt 51 685 130 Franken werden genehmigt.

Antrag 4 der GRPK:

- 48 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer:
Einstimmig JA (Abstimmung 04)
- 2 % Ertragssteuersatz: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

- ://: Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:
- 48 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 - 2 % Ertragssteuersatz
 - 0,55 ‰ Kapitalsteuersatz (zur Kenntnis)
-

Antrag 5 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

- ://: Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehrreglements.
-

Antrag 6 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

- ://: Das Budget der Erfolgsrechnung 2020 mit Aufwendungen von 88 819 574 Franken, Erträgen von 89 012 521 Franken und einem Ertragsüberschuss von 192 947 Franken wird genehmigt.
-

Antrag 7 der GRPK:

- Ersatzbeschaffung Werkhofffahrzeug (Winterdienst) 105 000 Franken:
Einstimmig JA (Abstimmung 08)
- Erarbeitung Vorprojekt Sanierung Hallenbad Spiegelfeld 150 000 Franken:
37 JA / 1 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

- ://: Folgende Investitionsausgaben werden direkt beschlossen:
- Ersatzbeschaffung Werkhofffahrzeug (Winterdienst) 105 000 Franken.
 - Erarbeitung Vorprojekt Sanierung Hallenbad Spiegelfeld 150 000 Franken.
-

Antrag 8 der GRPK: zur Kenntnisnahme

BESCHLUSS

- ://: Das Investitionsbudget 2020 mit Ausgaben von 12 136 000 Franken, Einnahmen von 250 000 Franken und Nettoinvestitionen von 11 889 000 Franken wird zur Kenntnis genommen.
-

BESCHLUSS

://: Der budgetierte Stellenetat für 2020 mit 11 121,13 Stellenprozenten (Kategorie A) wird genehmigt.

Traktandum 3

Nr. 182

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.11.2019

Volksinitiative «Binninger Boden behalten» (Bodeninitiative)

Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP möchte bei diesem Traktandum etwas anders vorgehen, als sonst. Diese Initiative ist gemäss § 8 Gemeindeordnung sowie § 123 des Gemeindegesetzes und § 78 i.V.m. § 82 wie folgt zu behandeln. Formal gilt es zu beurteilen, ob diese Initiative überhaupt gültig ist (siehe dazu Seite 2 der Einwohnerratsvorlage Geschäft Nr. 182 unter 1.1 und 1.2). Die Präsidentin wird hier also nur ein kleines Eintreten machen und gleich über den ersten Antrag abstimmen. Erst beim zweiten Antrag wird die Diskussion über den Inhalt erteilt. In diesem Sinn gibt es jetzt ein „Mini-Eintreten“. Die Präsidentin fragt, wem sie hierbei das Wort geben darf. Daraufhin folgt keine Wortmeldung und somit folgt direkt die Abstimmung über den ersten Antrag.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: 38 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat erklärt die formulierte Volksinitiative «Binninger Boden behalten» für gültig.

GESCHÄFTSBERATUNG

Gaida Löhr, SP nimmt an, dass die bisherige grosse Harmonie nun ein Ende nimmt und eine spannende Phase folgt. Boden ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Politikum geworden. Es wurde über das Raumplanungsgesetz, die Zweitwohnungsinitiative und in Basel-Stadt mit zwei Drittel Ja-Stimmen über die Bodeninitiative abgestimmt. Auch in Riehen, welche eine im Vergleich zu Binningen sehr ähnliche Gemeinde ist, wurde mit 58 % Ja-Stimmen über die Bodeninitiative abgestimmt. Es gibt Gemeinden, die wünschen, dass ein fester Anteil an Genossenschaftswohnungen gebaut wird. Kurz: Das Stimmvolk hat in der letzten Zeit zum Teil ganz erstaunlich immer wieder gewünscht, dass der Staat sich in die Bodenpolitik einmischt. Der Binninger Gemeinderat spricht immer noch von einem privaten Bodenmarkt, in den er sich nicht zu sehr einmischen möchte. Aber Marktwirtschaft funktioniert gemäss der Rednerin nur dann, wenn Angebot und Nachfrage variabel und regulierbar sind. Das Angebot an Boden in Binningen kann nicht gesteigert werden, da es nicht mehr hat. Hiermit ist dies dem freien Markt entzogen und es macht durchaus Sinn, dass der Preis reguliert wird und man ihn nicht einfach der Spekulation überlässt. Die Votantin möchte sich ganz kurz zur Geschichte äussern. Binningen hat in den letzten 20 Jahren

zweimal relativ grosse Tranchen Baurechtsland verkauft und damit ihre Finanzen saniert. Es wurde gesagt, das sei ein Verscherbeln von Tafelsilber, aber es ist an und für sich noch einiges mehr. Es wird kein Silber verscherbelt, dies wäre der Rednerin nämlich relativ egal, sondern Boden. Das heisst, dass einerseits auf Einnahmen, für die man nichts machen muss, ausser den Boden zur Verfügung zu stellen, verzichtet wird, da die Baurechtsnehmer alles andere machen müssen. Andererseits wurde damit gearbeitet, dass man statt Genossenschaftler Privateigentümer hat. Die Häuser sind nicht mehr günstig für junge Familien, sondern teuer. Dies ist der Grund für die Lancierung dieser Initiative. Zugegebener Weise wurde auch viel bei Basel-Stadt abgeschrieben. Die Initiative wurde im Juni 2018 eingereicht. Gemäss dem Gemeindegesetz hätte bis im Juni 2019 darüber abgestimmt werden müssen. Der Gemeinderat hat jedoch um einen Aufschub gebeten, welcher gewährt wurde. Es wurde auf einen Gegenvorschlag gehofft, welcher bis heute nicht vorliegt. Die Immobilienstrategie ist kein Gegenvorschlag. Den Initianten geht es um den Boden und darum, den Besitzstand des Bodens, welcher noch vorhanden ist, zu wahren. Es geht nicht darum, dass kein Land mehr verkauft werden kann. Es kann verkauft werden, aber im Gegenzug muss neues gekauft werden. Wenn in der Initiative von derselben Zone gesprochen wird, ist nicht dieselbe Stockwerkzone gemeint, sondern Bauland für Bauland und Landwirtschaft für Landwirtschaft. Die Immobilienstrategie will im Gegensatz zur Bodeninitiative nochmals massiv viel Land verkaufen und mit dem Erlös sollen Gebäude saniert werden und eventuell auch Neubauten finanziert werden. Dies sind Aufgaben für die laufende Rechnung. Die Sanierung, so verlangt es die BPK und die SP schon seit Jahren, müsste sehr viel besser geleistet werden und ist sicher nicht Sache von Immobilienverkäufen oder gar Landverkauf. „Gibt es in Binningen wirklich zu viel Land?“, fragt die Rednerin. Wenn man betrachtet, was in letzter Zeit passiert ist, setzt sie ganz viele Fragezeichen. Provisorien auf Schulgelände in engem Raum, der Werkhof kommt, weil es keine andere Lösung gibt, zum Friedhof, der Vorschlag eines Holzkraftwerks auf einem Schulareal mitten in einem Wohnquartier, die Abteilung Bildung, welche für CHF 60 000 im Jahr eingemietet wird. All das zeigt, dass etwas fehlt. Es mag sein, dass die Gemeinde den falschen Boden hat, deshalb sieht die Initiative auch vor, dass getauscht werden kann. Dass verkauft und gekauft werden kann. Einfach nur verkaufen heisst, dass es zu wenig Land gibt. Vielleicht wird die Kasse dadurch noch etwas voller, obwohl sie ohnehin schon prall gefüllt ist. Die BPK hat das im Juni 2016 ähnlich gesehen, wie es die Rednerin erläutert hat, Zitat: „Bei beabsichtigten Immobilienverkäufen, sollen die Grundstücke im Eigentum der Gemeinde bleiben. In der angestrebten Strategie soll der Gemeinderat auch zukünftig Zukäufe von Grundstücken in Erwägung ziehen und günstige Angebote wahrnehmen können. Landreserven für zukünftige Nutzung.“ Zitat Ende. Der Einwohnerrat hat dies mit 36 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen angenommen. Damals hat der Einwohnerrat also praktisch die Bodeninitiative unterstützt. Der Gemeinderat sieht dies heute gänzlich anders. Die SP beantragt die Annahme der Initiative.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich in Namen der CVP-Fraktion beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht, welcher mit Spannung gelesen wurde. Auch die bereits lang angekündigte Bodeninitiative der Initianten wurde gespannt studiert. Wichtig ist, dass es in der Initiative nur um Grundstücke und Immobilien geht, welche sich im Besitz der Gemeinde Binningen befinden. In den Privatbereich wird also nicht eingegriffen, wozu die CVP-Fraktion auch nicht bereit wäre. Sie findet die Initiative im Grundsatz nicht schlecht. Zukünftig muss sich sehr wohl Gedanken um die Landreserven gemacht werden, die sich im Besitz der Gemeinde Binningen befinden. Der Binner Boden ist das kostbarste Gut, welches die Wohngemeinde hat. Nur aus kurzsichtiger Finanzpolitik wäre es unverzeihbar, die restlichen, der sich im Besitz der Gemeinde Binningen befindlichen Grundstücke, zu verkaufen. Alles, was einmal verkauft ist, kommt nie wieder in den Besitz der Binner Allgemeinheit zurück und vor allem wird der Bodenpreis nie wieder günstiger werden. Dieser Boden sollte nicht verkauft werden, sondern nur im Baurecht an Private weitergegeben werden. So bleibt ein jedes Jahr wiederkehrendes geringes Einkommen erhalten und die Gemeinde bleibt Besitzer des jeweiligen Bodens. Der Gemeinderat erwähnt in seinem Bericht betreffend Bodeninitiative, dass nicht zuletzt eine umfassende, strategische und operative Zielsetzung fehlt. Eine strategische und operative Zielsetzung nützt wenig, wenn der Boden nicht mehr im Gemeindebesitz ist. Die Immobilienstrategie und der dazugehörige Aktionsplan sind zurzeit immer noch zur Beratung in der zuständigen Kommission. Über den Ausgang dieser Beratung liegt bis heute noch kein

Resultat vor. Der Redner äussert den Wunsch, von der Kommission einen Zwischenbericht über den heutigen Stand zu erhalten. Heute kann der Einwohnerrat die Initiative annehmen, wobei eine nicht-Annahme auch nicht tragisch wäre, denn: Durch die Bodeninitiative ergibt sich schlussendlich sowieso eine Änderung in der Gemeindeordnung und deshalb muss sie bei einer Annahme oder bei einem zukünftigen Referendum auf jeden Fall vor das Volk. Land verkaufen und neues Land kaufen ist gemäss der vorliegenden Initiative innerhalb von fünf Jahren machbar. Die CVP-Fraktion will den Binner Boden auch für die zukünftigen Generationen erhalten. Die verschiedenen Voten der anderen Fraktionen sowie die Argumentation der zuständigen Gemeinderätin werden gespannt verfolgt. Die CVP-Fraktion wird der Bodeninitiative grossmehrheitlich zustimmen.

Jürg Blaser, SVP teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Bodeninitiative ganz klar ablehnt. Sie stellt einen massiven Eingriff in den privaten Bodenmarkt dar und würde der Gemeinde die Veräusserung von gemeindeeigenem Boden und Liegenschaften massiv und unnötig erschweren. Zudem könnte die Gemeinde verpflichtet werden, Immobilien zu erwerben, für die kein konkreter Zweck besteht oder im schlimmsten Fall gar nicht bewirtschaftet werden könnten. Auch die SVP ist dafür, dass die Gemeinde mit ihrem Boden und ihren Liegenschaften sorgfältig umgeht. Sie ist der Meinung, dass die Gemeinde bereits heute einen sorgfältigen Umgang mit ihren Grundstücken und Liegenschaften pflegt und diesen mit der geplanten Immobilienstrategie auch zukünftig sichern wird. Die SVP-Fraktion stellt sich gegen jegliche Art von Politik mit interventionistischer und planwirtschaftlicher Ausprägung, so wie es die Bodeninitiative der SP vorsieht. Sozialistisches Gedankengut verbunden mit dem Wunsch nach Überwindung des Kapitalismus hat in der Gemeinde Binningen laut dem Redner keinen Platz. Die SVP-Fraktion wird sich daher mit allen ihren zur Verfügung stehenden Kräften gegen diese unnötige und gefährliche Initiative stellen und sieht einer allfälligen Abstimmung gelassen entgegen. Einem Gegenvorschlag kann die SVP-Fraktion auch nicht zustimmen, da sie dieses Anliegen für den falschen Ansatz hält.

Daniel Zimmermann, FDP äussert, dass die FDP-Fraktion bei diesem Geschäft und dieser Volksinitiative grosse Bedenken hat. Der Grundgedanke, dass in Binningen mit dem Boden weitsichtig und überlegt umgehen soll, ist richtig und die Geschichte in Binningen zeigt, dass dies in den letzten 50 Jahren auch gemacht wurde. Es gibt überhaupt keinen Grund, dem Gemeinderat und der Politik mit dem Vorstoss der SP ein Misstrauen zu geben. Gerade in der heutigen Zeit ist die Land- und Anlagenpolitik für eine Gemeinde wie Binningen wichtig. Die Gemeinde muss sich in verschiedenen Aufgabenstellungen entwickeln können. Dies hat der Gemeinderat erkannt und hat mit der Immobilienstrategie einen möglichen Weg aufgezeichnet, der für die Zukunft von Binningen sinnvoll ist. Das Motto dieser Strategie ist es, das Geld dort einzusetzen, wo die Bevölkerung den grössten Nutzen hat. Die Bodeninitiative macht sehr viele Vorschriften und lässt zu verschiedenen Entwicklungen keinen Spielraum mehr zu. So eine Politik ist man sich in Binningen nicht gewohnt und deshalb kann die FDP-Fraktion diese Volksinitiative nicht unterstützen. Dass man mit dieser Bodeninitiative die Immobilienstrategie, welche zurzeit im Rat behandelt wird, vorgreift, wird von der FDP nicht begriffen und ist so auch nicht üblich. Es entsteht der Eindruck, dass man dem Volk etwas vorlegen will, ohne die Wahrheit der Immobilienstrategie argumentieren zu müssen. Was die FDP-Fraktion auch nicht versteht, ist die Tatsache, dass der Gemeinderat feststellt, dass sich gewisse Punkte gar nicht umsetzen lassen. Ein Beispiel hierfür ist der verlangte Flächenausgleich in identischen Zonen. Solche Fakten müssen akzeptiert werden und werden der Initiative im Abstimmungskampf vermutlich schaden. Wenn die Bodeninitiative vor das Volk muss, und danach sieht es aus, ist die FDP-Fraktion zur Überzeugung gekommen, dass dem Volk ein brauchbarer und vor allem ein umsetzbarer Gegenvorschlag vorgelegt werden muss. Die Bevölkerung hat das Recht, bei einer solch wichtigen Entscheidung zwischen zwei Vorschlägen abwägen zu können, was für Binningen zukünftig richtig ist. Mit der Bodeninitiative gibt es nur ein Ja/Nein Resultat ohne Zukunftsperspektive. Die FDP-Fraktion glaubt, dass das von der SP verlangte Vorgehen nicht richtig ist und stellt den Antrag, dass der Gemeinderat einen Gegenvorschlag ausarbeiten soll.

Urs Hauri, Grüne erläutert, dass die Bodeninitiative nicht verbietet, Land oder Immobilien zu verkaufen. Sie verlangt lediglich, dass nicht mehr verkauft wird, als gekauft wird. Der Gemeinderat schreibt in seiner Stellungnahme, dass die Annahme der Bodeninitiative nicht notwendig ist. Es ist nicht vorgesehen, Boden für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben und strategischen Reserven aus der Hand zu geben. Eine Annahme der Initiative würde in dem Fall einfach sicherstellen, dass das auch in der Zukunft so bleibt. In der Stellungnahme des Gemeinderats ist meistens von Immobilien und nicht von Boden die Rede und der Begriff Immobilien umschliesst natürlich bebaute und unbebaute Grundstücke. Die Initiative will aber vor allem, dass die Gemeinde Binningen ihren Boden behält. Die Stellungnahme und die Immobilienstrategie liest die Grüne Fraktion so, dass eine konkrete Absicht vorhanden ist, Boden und Immobilien ohne einen sogenannten definierten Nutzen zu veräussern und damit andere Immobilien zu sanieren. Das heisst, es ist absehbar, dass die Gemeinde vorhat, Boden definitiv abzugeben. Damit verliert die Gemeinde, wie in der Initiative beschrieben, Handlungsfreiheit für die Zukunft. Wenn jetzt kein klar definierbarer Nutzen erkennbar ist, heisst es nicht, dass dies auch in der Zukunft so bleibt. Prognosen sind bekanntlich schwer zu treffen und es ist offensichtlich, dass der Boden in den letzten Jahrzehnten immer teurer wurde. Verkauftes Land zurückzubekommen, kann also sehr teuer werden. Das heisst ein Fehler in der Prognose, was ein definierter Nutzen sein soll, kann sehr teuer werden oder gar etwas verunmöglichen, was man gerne hätte. Die Grüne Fraktion ist der Ansicht, dass der Boden auch nicht zwingend mit Immobilien überbaut werden muss. In einer derart dicht überbauten Gemeinde wie Binningen darf auch mal ein Stück Land unbebaut bleiben. Die Grüne Fraktion wird für die Annahme der Initiative stimmen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bedankt sich herzlich bei allen Rednerinnen und Rednern für deren Worte. Es ist ihr ein ganz besonderes Anliegen, auch festzustellen, dass im Gemeinderat das Thema Boden in Binningen sehr wichtig ist. Der Gemeinderat hat sich schon bevor diese Initiative eingegangen ist, sehr lange und sehr breit Gedanken dazu gemacht. Der Gemeinderat hat überhaupt kein Interesse daran, Boden zu veräussern. Er will, dass der Boden und die Immobilien entsprechend vernünftig bewirtschaftet werden. Deshalb hat der Gemeinderat die Immobilienstrategie aufgebaut. Die Immobilienstrategie geht eigentlich noch viel weiter, als die Bodeninitiative. Es herrscht also für die Zielsetzungen dieser Initiative volles Verständnis. Dies ist das eine. Das andere ist die Problematik dieser Initiative: Sie ist so, wie sie vorliegt, nicht umsetzbar. Es wurde schon genannt: Wenn man Land oder Immobilien, und die Gemeinderätin redet von Immobilien, denn das beinhaltet alles, abtauscht, ist hier die Rede von Abtausch in verschiedenen Zonen und das ist nicht möglich. Man kann nicht eine Zone in einen Bereich mit einer Zone in einem anderen Bereich abtauschen. Dies ist in der Praxis nicht handhabbar. Es ist auch so, dass auf der anderen Seite auch ganz klar gesagt werden muss, dass Binningen eine Tradition mit der Vergabe von Baurecht hat und zwar insbesondere an Wohngenossenschaften. Das ist eine Tradition, die in Binningen langjährigen Bestand hat und genauso weitergepflegt und sogar ausgebaut werden soll. Die Rednerin möchte an dieser Stelle erwähnen, dass es jedes Mal, wenn es um eine Arealentwicklung geht, auch die Überlegung aufkommt, dass das jeweilige Land im Baurecht vergeben werden könnte, insbesondere auch für Wohngenossenschaften. Das war auch ein Thema im Rahmen der letzten Arealentwicklung und es ist auch ein Thema, in dem die Gemeinde bisher immer gezeigt hat, dass sie solchen Projekten gegenüber sehr positiv eingestellt ist. Es gibt aus Sicht des Gemeinderats absolut keinen Grund, diese Initiative anzunehmen, im Gegenteil: Diese Initiative ist brandgefährlich, denn sie würde dazu verpflichten, Sachen umzusetzen, die nicht umsetzbar sind. Zum anderen bringt sie die Gemeinde in relativ grosse Schwierigkeiten, wenn gewisse finanzielle Verpflichtungen wahrgenommen werden müssen. Die Gemeinderätin erläutert, dass die Gemeinde sowohl Immobilien im Verwaltungsvermögen sowie Immobilien im Finanzvermögen hat. Die Immobilien im Verwaltungsvermögen dienen dazu, die Verpflichtungen der Gemeinde wahrzunehmen. Beispiele hierfür sind Schulen oder die Gemeindeverwaltung. Dann gibt es die Immobilien im Finanzvermögen, welche einen Luxus für die Gemeinde darstellen. Binningen ist in der stolzen Lage, überhaupt ein Finanzvermögen zu haben, welches dazu relativ umfangreich ist. Das Finanzvermögen ist etwas, was nicht zur Abdeckung der Gemeindeeigenen Bedürfnisse dient, sondern soll eine Rendite generieren. Damit das Finanzvermögen aber eine solche Rendite generieren kann, muss es entsprechend bewirtschaftet werden. Momentan ist

es so, dass mit dem Geld, welches in den Unterhalt eingestellt ist, sowohl das Verwaltungsvermögen als auch das Finanzvermögen unterhalten werden. Investitionen werden jedoch vor allem im Verwaltungsvermögen getätigt, denn das Verwaltungsvermögen muss sichergestellt sein. Es muss funktionieren, damit die Gemeinde ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Beim Finanzvermögen ist dies nicht der Fall. Dort gibt es keine solche Verpflichtung und das Finanzvermögen kommt bei allen Investitionen immer erst am Schluss dran. Das heisst, dass mit dem vorhandenen Finanzvermögen eine Rendite erwirtschaftet wird und damit dies der Fall ist, muss auch das Finanzvermögen auf einem vernünftigen Stand sein und es muss investiert werden, was bedeutet, dass wir uns das leisten können müssen. Um sich das leisten zu können, muss entsprechend sichergestellt werden, dass die Gemeinde flexibel ist. Wenn die Gemeinde nichts machen kann, muss sie die Immobilien im Finanzvermögen im schlimmsten Fall sehr lange leer stehen lassen. Von diesem Worst-Case-Szenario ist man momentan gar nicht weit entfernt, erläutert die Gemeinderätin. Die Immobilien im Finanzvermögen müssen verwahrlost lassen werden, wenn das Geld anderweitig in der Gemeinde gebunden ist und dies ist kein Zustand. Es muss doch im Interesse der Gemeinde sein, dass das Finanzvermögen entsprechend unterhalten werden kann. Das wichtigste am Ganzen aber ist, dass die Zielsetzung der Initiative unterstützt wird, sie jedoch zu weit geht und nicht umsetzbar ist. Deshalb warnt der Gemeinderat dringendst davor, die Initiative anzunehmen. Vom Gemeinderat wird alles dazu beigetragen, um das Binninger Land zu behalten. Es kann aber nicht sein, dass man schlussendlich nicht mehr flexibel ist und es nur noch mehr Geld kostet, wenn die Folgen nicht absehbar sind.

Gaida Löhr, SP möchte auf ein paar der angesprochenen Punkte antworten. Die SVP hat sie an den kalten Krieg erinnert, als sie die Schlagwörter Planwirtschaft und Überwindung des Kapitalismus gehört hat. Die Rednerin denkt, dass die Investition in Liegenschaften keine Überwindung des Kapitalismus darstellt, sondern vielmehr ist es fast schon Kapitalismus in Reinkultur. Dies lässt sich durchaus rentabel gestalten. Wenn sie hört, wie brandgefährlich diese Initiative ist, fragt sich die Votantin, wie Basel-Stadt und Riehen, eine bürgerliche Vorortsgemeinde, wie Binningen eine ist, mit dieser brandgefährlichen Gesetzgebung leben können. Denn sie können dies. Wenn sie hört, wie man die Liegenschaften verwahrlosen lassen muss, erinnert sie dies daran, dass seit Jahren jedes Jahr bei der Budgetsitzung wiederholt wird, dass mehr in Liegenschaften investiert werden muss, da sie ansonsten verwahrlosen. Dies ist tatsächlich das Gegenteil einer rentablen Bewirtschaftung. Die Rednerin merkt an, dass nicht die Initiative für eine Verwahrlosung der Liegenschaften sorgt, sondern deren Handhabung. Die einzige Liegenschaft, die wirklich absolut defizitär ist, ist das Schloss. Dort gibt es deutlich mehr Ausgaben als Einnahmen. Sämtliche andere Liegenschaften liessen sich rentabel gestalten. Bei der Botschaft, dass der Gemeinderat gar nicht verkaufen will, fragt sich die Fraktionspräsidentin, warum er dies dann tut. Es werden Liegenschaften verkauft, im letzten Dezember wurde eine Liegenschaft verkauft und auch heute steht im Traktandum Nummer 10 ein Liegenschaftsverkauf. Auch beim Werkhof wurde über einen Verkauf gesprochen. Tatsache ist, dass grossartig verkauft werden soll. In der Immobilienstrategie werden neun Liegenschaften zum Verkauf angeboten. Es gibt keinen einzigen Plan zu einem Kauf. Das ist die Realität.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP möchte noch etwas erwähnen, dass ihr vorhin in der Aufregung untergegangen war. Wenn etwas verkauft wird, wird dieses Geld in Immobilien reinvestiert. Von dem her ist es eben kein verlorenes Geld und es wird auch nicht anders ausgegeben, sondern es wird zweckgebunden in Immobilien investiert. Die Initiative will eine planlose Ansammlung von Immobilien erreichen. Was der Gemeinderat will, ist dass jede Immobilie einen Zweck hat. Wenn etwas verkauft wird, wird in Immobilien investiert und so bleibt der Kreislauf erhalten und es geht nichts verloren.

Simone Abt, SP hat den Eindruck, dass um den Elefanten im Raum herum gesprochen wird. Die Gemeinde Binningen ist also gezwungen, das Finanzvermögen zu ungefähr einem Drittel abzubauen. Dies ist der Immobilienstrategie zu entnehmen. Dies um Investitionen, sprich Neubauten, zu tätigen, und um Versäumnisse nachzuholen. Dies sind die Unterhalts- und Sanierungsarbeiten, die schon seit Jahren vom Einwohnerrat und dessen GRPK zurückgestellt werden. Dafür sollen nun also Liegenschaften veräussert

werden, damit dieses nötige, hohe Investitionsaufkommen bewältigt werden kann. Dies könnte natürlich auch mit Fremdkapital gestemmt werden, jedoch besteht immer noch eine Schuldenbremse, welche blockiert. Die Schuldenbremse ist eigentlich der Hebel, an welchem angesetzt werden sollte und nicht beim Finanzvermögen. Dieses hat nämlich sehr wohl auch eine positive Eigenschaft: Dank dem Finanzvermögen kann es sich die Gemeinde leisten, Liegenschaften im Baurecht zu vergeben und hiermit zahlbaren Wohnraum zu ermöglichen. Ein privater Investor, dem muss man sich bewusst sein, wird dies nicht tun, weil seine Anforderungen an den Gewinn, die er aus einer Liegenschaft schöpfen kann, sehr viel höher sind.

Daniel Zimmermann, FDP wendet sich an Gaida Löhr und sagt, wenn man im Monopoly gewinnen will, muss man uneingeschränkt kaufen und verkaufen können. Er will nun den Gegenvorschlag noch etwas bewerben. Gaida Löhr sagte, dass die Immobilienstrategie kein Gegenvorschlag zur Bodeninitiative ist. Wenn man die These verfolgt, dass die Initiative von der Binninger Bevölkerung nicht angenommen wird, kommt als nächstes Geschäft die Immobilienstrategie in den Einwohnerrat und somit passiert genau das, was nicht erwünscht ist. Der Redner möchte nochmals darauf hinweisen, dass ein Gegenvorschlag des Gemeinderats die Möglichkeit schafft, die guten Ansätze der Bodeninitiative aufzunehmen und einen umsetzbaren Vorschlag zu formulieren. Die Bevölkerung hat das Recht, nicht eine Ja/Nein-Abstimmung zu machen, sondern letztlich mit einer guten Alternative entscheiden zu können, was sie in der Zukunft in Binningen will.

Thomas Hafner, CVP will auf die zuständige Gemeinderätin eingehen. Durch den Verkauf von Boden ist es falsch, den Erlös in eine Reinvestition für eine Sanierung einzusetzen. Der Redner denkt, dass der Mix mit Verwaltungs- und Finanzvermögen kein Grund ist, sondern eine gesuchte Sache. Die Argumentation, dass die Initiative nicht umsetzbar ist, aufgrund des Verwaltungs- und Finanzvermögens, ist seiner Meinung nach ein gesuchter Grund, der für ihn nicht standhält. Das mit dem Gegenvorschlag ist für die CVP-Fraktion sicher auch eine Variante und sicher nicht schlecht. Das Problem ist nur, dass dem Gemeinderat für einen solchen Gegenvorschlag Punkte geliefert werden müssen und dies scheint im Moment sehr schwierig zu sein. Aber die CVP-Fraktion würde einen Gegenvorschlag begrüßen. Die Sache mit dem Zonenaustausch in der Praxis ist vielleicht ein wenig zu starr. Was in der Initiative jedoch sicher gut ist, ist der 5-Jahres-Austausch.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP teilt mit, dass man leider noch nicht an dem Punkt ist, wo die Immobilienstrategie in der Kommission fertig behandelt ist und auch das dazugehörige Finanzreglement ist noch nicht überarbeitet bzw. als Bericht wieder in den Einwohnerrat gekommen. Genau diese beiden Punkte machen die Diskussion, die jetzt läuft, relativ schwer. Die Bodeninitiative hat ein Preisschild. Mit der Immobilienstrategie wurde versucht aufzuzeigen, was dies kostet. In diesen Kostenberechnungen wurde aufgezeigt, welche Investitionen für Bauten imungsvermögen getätigt werden müssen. Das sind Investitionen, die getätigt werden müssen und welche die Gemeinde als Infrastruktur anbieten können muss. Dort konnte schon erkannt werden, dass diese Kosten bedeutend über die Gemeindegeldkasse hinausgehen und dass man sich intensiv mit der Finanzierung der Bauvorhaben imungsvermögen auseinandersetzen muss. Es herrscht also bereits eine angespannte Finanzsituation, wenn diese Vorhaben angegangen werden. Jetzt gibt es jedoch noch das Finanzvermögen. Beim Finanzvermögen möchte der Gemeindepräsident an dieser Stelle sagen, dass, wenn es darum geht, wo die Gemeinde ihr Geld einsetzt, liegt der Vorrang sicher beimungsvermögen und nicht beim Finanzvermögen. Der Gemeinderat hätte schon vor vier oder fünf Jahren aufräumen können. Dies hat er bewusst nicht getan, weil man vor vier oder fünf Jahren schon einmal über einen ersten Entwurf einer Immobilienstrategie sprach und in diesem gewünscht wurde, dies noch einmal mit einer überarbeiteten Fassung anzuschauen. Da schmerzt es ein wenig, wenn an jeder Einwohnerratssitzung, an der ein Gebäude erwähnt wird, dem Gemeinderat unterstellt wird, er liesse Liegenschaften verwahrlosen. An den Liegenschaften im Finanzvermögen, bei denen der Gemeinderat der Meinung ist, sie haben keinen Nutzen und bringen keine Rentabilität, wird der minimale Aufwand betrieben. Der Gemeindepräsident weiss, dass man nur mit Baufachleuten spricht, wenn es ums Bauen geht. Er will sagen, dass er sich

diesbezüglich hat belehren lassen. Es wird auch in der Immobilienstrategie im Anhang aufgezeigt, wo die Reise hingeht, wenn wir unser Finanzvermögen wirklich zu einer Rendite oder mindestens zu einer Kostendeckung bringen wollen und da ist noch keine zusätzliche Parzelle involviert. Da muss man auch dem Binninger Stimmvolk gegenüber ehrlich sein: Es gibt einen Steuerfuss und damit sollen die Kernaufgaben der Gemeinde finanziert werden. Von dem her will der Redner zugunsten der Bodeninitiative erwähnen, dass der Boden ein hohes Gut ist und dies bringt auch einen Frankenbetrag mit sich. Wenn sich dies die Bewohnerinnen und Bewohner von Binningen leisten möchten, dann ist dies eine sinnvolle Investition, aber dann muss der Bevölkerung auch gesagt werden, wie das Preisschild dafür aussieht. Wenn man einen Haufen Boden hat und einen Teil davon im Baurecht abgibt, damit sich die Kasse füllt, sieht in der Wahrheit nicht so einfach aus. Der Gemeindepräsident findet es sehr wichtig, dass man sich auch die Frage stellt, was die Kernaufgabe einer Gemeinde ist und was nicht. In diesem Sinn und Geist lässt sich die Bodeninitiative durchaus von zwei verschiedenen Seiten betrachten.

Christoph Maier, FDP sagt, dass der wirkliche Elefant im Raum der Beschluss ist, ein neues Schulhaus zu bauen und dieses Schulhaus irgendwie finanziert werden muss. Nicht nur ein neues Schulhaus, auch wurde heute ein Projektkredit für die Schwimmbadsanierung beschlossen. In der Immobilienstrategie befinden sich Investitionen, die gegen 100 Mio. Franken gehen. Dies ist ein Betrag, den sich die Gemeinde nicht einfach so leisten kann und den sich die Gemeinde nur leisten kann, wenn sie sich fokussiert und ihre Kernaufgaben wahrnimmt und diese finanzieren kann. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um diese Aufgaben zu finanzieren. Man kann auf das Vermögen, welches die Gemeinde schon in der Kasse hat, zurückgreifen. Man kann auch auf die weiteren finanziellen Mittel zurückgreifen, zu denen das Finanzvermögen gehört. Als weitere Massnahme kann man natürlich auch Schulden aufnehmen. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Schulden so tief wie möglich sein sollen. Sie will nicht, dass zukünftige Generationen mit Schulden belastet werden. Sie will, dass die Schuldenbremse aufrechterhalten bleibt, wie es die Binninger Stimmbevölkerung mit grosser Mehrheit auch angenommen hat. Und wenn es der SP, wie es gesagt wurde, tatsächlich darum geht, mit der Bodeninitiative die Schuldenbremse aufzuheben, ist der Redner sehr zuversichtlich, dass der Stimmbevölkerung dieser Zusammenhang dargestellt werden kann. Wenn die Bodeninitiative angenommen wird, das muss man der Stimmbevölkerung in aller Wahrheit auch sagen, bedeutet dies eine massive Steuererhöhung, damit das finanziert werden kann, was finanziert werden muss. Dies sind Investitionen in Schulhäuser und in andere Investitionen, die sich im Verwaltungsvermögen befinden.

Beatrice Büschlen, Grüne erwähnt, dass sie es speziell findet, ein Preisschild an die Bodeninitiative zu heften. Das Geld, welches für gewisse Investitionen nicht vorhanden ist, ist aus einem Investitionsstau entstanden. Das was der Gemeinderat nun machen will, ist Land verkaufen, damit dieses Geld in andere Gebäude investiert werden kann. Aber Boden sollte man nicht verkaufen, weil dann alle Immobilienfirmen Verlust machen würden. Die Anlageempfehlungen wären in diesem Fall falsch, man müsste eine Gewinnwarnung an die Immobilienfirmen herausgeben. Land sollte behalten werden. Was die Rednerin auch erwähnen will ist, dass mit dem Verkauf von Boden eher eine Gefahr besteht, weil die strategischen Reserven oder der Nutzen einer Potenzialanalyse, die auch gewünscht ist, Momentaufnahmen sind. Wenn jetzt verkauft wird, weil die Potenzialanalyse sagt, dass momentan kein Nutzen besteht, muss man es in fünf Jahren, wenn sich die Situation geändert hat, teuer zurückkaufen. Und das hat dann ein wirklich hohes Preisschild, wenn der Boden jetzt schon so teuer ist.

Marc Schinzel, FDP äussert, dass Gaida Löhr in ihrem allerersten Satz schon das wichtigste zur Initiative gesagt hat: Dass eine Regulierung des Bodenmarkts angestrebt wird. Auch er kommt darauf zurück, dass Binningen sehr viele Kernaufgaben hat, die mit Grossinvestitionen erfüllt werden müssen. 35 Mio. Franken für das neue Schulhaus, 8 Mio. Franken für das Mühlematt, 14 Mio. Franken für das Meiriacker plus Turnhalle, 9 Mio. Franken für den Werkhof und für das Schwimmbad schätzungsweise 12 Mio. Franken. Dies wird nicht aus heiterem Himmel finanziert. Dies wird mit Geld finanziert und es müssen Prioritäten gesetzt werden. Der Redner sagt, dass Gaida Löhr meint, es solle auf gut Deutsch alles über die laufende Rechnung finanziert werden. Das bedeutet für die Steuerzahlenden, dass sie dies bezahlen

müssen. Dann geht der Steuerfuss bei Investitionen von 100 Mio. Franken um einige Prozente nach oben. Die Initiative erlaubt keinen Verkauf ohne Zukauf, auch wenn die Liegenschaft im Finanzvermögen keinen Sinn mehr hat. Es wird ausserdem nur auf die Fläche geachtet und nicht auf den Wert. 600 m² einer wenig wertvollen Liegenschaft gegen 400 m² Zukauf einer wertvollen, ergänzenden Liegenschaft zu tauschen, wäre nicht möglich, weil es auf den Quadratmeter ausgeglichen sein muss. Dies stellt ein Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat, Einwohnerrat und der Bevölkerung dar. Keiner will den Boden verscherbeln. Man ist in der Lage, selbstständig sinnvoll zu entscheiden. Es wird nicht über Bodenschutz gegen Spekulation abgestimmt, sondern über eine unnötige, starre und interventionistische Lösung gegen ein vernünftiges und sinnvolles Abwägen im Einzelfall.

Karin Müller, SP möchte auf zwei Sachen eingehen. Zuerst, dass es sich bei der Bodeninitiative sicherlich nicht um Planwirtschaft handelt. Es geht um den Umgang mit einer wertvollen Ressource, welche Land heutzutage ist. Es ist ein Luxus, Land zu besitzen, aber nicht, dieses verkaufen zu können. Diesen Luxus kann man sich heute nicht mehr leisten. Wenn der Investitionsstau als Sünde der Vergangenheit bezeichnet wird, muss man auch sehen, dass es eine Sünde der Vergangenheit sein wird, wenn heute Land verkauft wird und dieses für immer weg bleibt. Es gibt im Kanton Baselland Organisationen wie die Stiftung Kirchengut, die dutzende von denkmalgeschützten Kirchen und Pfarrhäusern unterhält und die schon lange kein Land mehr verkauft, wie sie es früher gemacht hat. Sie haben nämlich gemerkt, dass ohne Land kein Geld mehr für die Finanzierungen reinkommt.

Simone Abt, SP hätte gerne auf eine zweite Wortmeldung verzichtet, aber dass mit der Bodeninitiative die Schuldenbremse aufgehoben werden will, stimmt nicht. Das war reine Interpretation und das möchte die Rednerin gesagt haben. Die Schuldenbremse hat sehr viel zu tun mit dem Investitionsstau, der ständig kritisiert wird. Wegen diesem Investitionsstau muss offensichtlich ein Drittel des Finanzvermögens veräussert werden, damit die notwendigen Investitionen gestemmt werden können. Die Votantin hat lediglich auf diesen Zusammenhand verwiesen. Wenn die Schuldenbremse gekippt würde, könnte man die Berechnung etwas anders darstellen. Es bestehen aber absolut keine Rechtsmittel, um mit dieser Initiative die Schuldenbremse zu kippen, das steht auch gar nicht in der Initiative. Es soll nur gesagt werden, dass sich die finanziellen Möglichkeiten nicht im Verscherbeln der Landreserven erschöpfen.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP möchte nun zur Abstimmung kommen und stellt vorher noch den Antrag der FDP-Fraktion vor, dass der Gemeinderat einen Gegenvorschlag zur Bodeninitiative ausarbeiten soll. Zuerst wird jedoch über den Antrag des Gemeinderats abgestimmt und danach über den Antrag der FDP-Fraktion.

Antrag 2 (Annahme): 18 JA / 21 NEIN (Abstimmung 12)

Antrag FDP-Fraktion: 16 JA / 23 NEIN (Abstimmung 13)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat lehnt die formulierte Volksinitiative «Binner Boden behalten» ab.

://: 2. Der Einwohnerrat lehnt die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags durch den Gemeinderat ab.

Traktandum 4

Nr. 144

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2019

Motion SVP-Fraktion: Abfallgebühren müssen gesenkt werden

Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP stellt fest, dass ein neuer Werkhof aus dem Topf der Abfallgebühren mitfinanziert werden kann. Die Chancen, dass es in Binningen doch noch zu einer Senkung der Abfallgebühren kommt, sind hiermit gering. Die Folge daraus ist, dass die Binnerinnen und Binner weiterhin zu viele Gebühren zahlen müssen. Das ist besonders ärgerlich und zeigt, dass diese zweite Motion nötig ist. Die Querfinanzierung wird erst ab dem 1. Januar 2020 zulässig. Der Gemeinderat hat weder im Rahmen der von der GRPK gestellten und der vom Einwohnerrat genehmigten Empfehlungen zur Rechnung 2017 noch der ersten von der SVP eingereichten Motion bezüglich Senkung der Abfallgebühren Abklärungen unternommen, ob diese Finanzierungsart zulässig ist. Der Einwohnerrat wurde mit der Aussage zurückgelassen, dass Abklärungen folgen würden. Daraufhin wurde das Geschäft mit dem Unterschied von einer Stimme abgelehnt. Der Redner ist überzeugt, dass der Einwohnerrat im Wissen, dass zu diesem Zeitpunkt und auch heute noch die Finanzierung des Werkhofs durch Abfallgebühren nicht zulässig ist, anders entschieden hätte. Es ist deshalb legitim zu befürchten, dass der Gemeinderat über die geplanten Änderungen informiert war und deshalb den Einwohnerrat bewusst hingehalten hat. Das ist nicht die feine Art. Dem Votant ist bewusst, dass es nur noch einen Monat geht, bis diese Regelung in Kraft tritt, allerdings ist dieses Geschäft schon diverse Male verschoben worden und der Zeitraum ist deshalb immer weiter geschrumpft. Nichts desto trotz fehlt der Querfinanzierung des Werkhofs mit Abfallgebühren zum heutigen Zeitpunkt die Rechtsgrundlage. Deshalb empfiehlt die SVP-Fraktion, die Motion an den Gemeinderat zu überweisen.

Pascal Treuthardt, FDP teilt mit, dass die FDP-Fraktion ziemlich froh darüber ist, so viel Geld in der Abfallkasse zu haben. Das zeigt, dass gut gefüllte Reserven vorhanden sind. Es ist bekannt, in welcher Richtung dieses Geld irgendwann ausgegeben wird. Man weiss, dass es im Rahmen des neuen Werkhofs eine neue Entsorgungsstelle im Tal geschaffen werden soll, damit man nicht den Berg hinauf gehen muss, um spezielle Sachen zu entsorgen. Jeder kennt das Problem mit einem Tierkadaver, wenn der Kanarienvogel in den Radiator fliegt oder der Goldhamster einfach mal in den Toaster hüpft. Wenn man einen etwas schwereren Goldhamster hat, kann man vielleicht noch ins Tal hinuntergehen und ihn dort zur Entsorgung bringen, aber bis zum Friedhof oben braucht man je nach Haustier schon ein Auto. Das wird wahrscheinlich auch einmal eine Ausgabe aus dieser Kasse bedeuten. Aber nun legt der Redner den Spass bei Seite. Ein Grossteil der FDP-Fraktion kann dem Vorgehen des Gemeinderats folgen. Eine Minderheit stört sich ziemlich daran, dass die Bürger jahrelang zu viel für den Abfall gezahlt haben und dieses Geld in einer Kasse aufläuft. Das ist eigentlich nicht so schön, weshalb es wahrscheinlich ein paar geben wird, die die SVP-Fraktion hier unterstützen werden, aber wie gesagt ist das nur eine Minderheit. Persönlich ist es dem Redner in den Sinn gekommen, dass andere Gemeinden ihrer Bevölkerung auch zu viel für den Abfall abverlangen und ganz genau wissen, wie sie es den Bürgern wieder zurückgeben können: In Basel-Stadt und Bottmingen bekommt jeder Haushalt einen Bogen Abfallmarken für das neue Jahr zugeschickt. Das ist eine kleine Geste und wird von den Menschen sehr geschätzt und ist ein Weg, wie man dem Verursacher direkt etwas zurückgeben kann. Das ist eine Variante, die man dem Gemeinderat vorschlagen könnte. Das Problem hierbei ist jedoch, dass jene, die wenig Abfall produzieren und bis anhin wenig eingezahlt haben, natürlich mehr profitieren, als jene, die viel eingezahlt haben. Jedem das Gleiche zu geben, ist eben nicht gerecht. Aber es wäre eine Variante, um nicht das Reglement ändern zu müssen und damit nicht alle ihre zu teuren Abfallmarken, die sie jetzt noch haben, schnell aufbrauchen müssen.

Erik Schellenberg, SP hat mit Erstaunen festgestellt, dass im Geschäft Nr. 144 von erhöhten Kosten der Kehrriktabfuhr die Rede ist, dabei geht es um einen läppischen Betrag von vielleicht einem Kaffee pro Jahr. Eigentlich weiss man schon, dass es zulässig ist, den Werkhof mit diesen angehäuften Reserven zu realisieren. Aus eigener Betrachtung kann der Redner jedoch feststellen, dass es überall noch viel zu

wenig recycelt wird. Wenn man nämlich alles recycelt, und dabei ist der grösste Teil gratis, hat man keine hohen Abfallgebühren. Dieses Problem ist einfach festzustellen, wenn man sieht, wie Raben an Abfallsäcken picken oder wenn man gegen einen Abfallsack tritt und dieser zu klappern und zu klirren beginnt. Dann weiss man, dass die Leute einfach alles dort reinwerfen. Es geht eigentlich darum, ein wenig nachhaltiger zu leben und versucht, die Bevölkerung dazu zu bringen, nicht alles wegzuworfen, sondern gezielt zurückzubringen. Jeder weiss, dass Metallbüchsen und Glas nicht brennen. Es wäre also eher sinnvoll, die Menschen dahingehend besser aufzuklären, als mit einem läppischen Betrag zu argumentieren, was einen Gegensatz zur Motivation zu einem nachhaltigen Lebenswandel darstellt. Die SP-Fraktion ist gegen die Überweisung der Motion.

Andrea Alt, CVP gibt bekannt, dass die CVP-Fraktion die Motion nicht an den Gemeinderat überweisen wird. Sie kann den Ausführungen des Gemeinderats folgen. Die Verwendung von den Mitteln für einen neuen Werkhof resp. Neubau ist zulässig. Solang dieses Geschäft und die Finanzierung dieses Geschäfts nicht auf dem Tisch liegen, sieht die Fraktion keinen Anlass, die Gebühren zu senken. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gebühren einen Haushalt nicht derart belasten, dass man eine Senkung um beispielsweise 30 Rappen pro Sack ausserordentlich zu spüren bekommen würde. Zudem ist in Binnigen die Grünabfuhr, ganz im Gegensatz zu den umliegenden, in der Motion aufgeführten Gemeinden, kostenlos.

Karin Glaser, Grüne sagt, dass es in einer Zeit, in der die Gemeinde viel investieren muss, sicher nicht der richtige Zeitpunkt ist, um die Abfallgebühren zu senken. Auch wenn man unter anderem den Werkhof damit finanzieren soll, hält die Grüne Fraktion dies nicht unbedingt für die schlechteste Variante. Abgesehen davon ist jeder selbst dafür verantwortlich, wie viel er für den Abfall zahlt. Wenn man den Abfall gut trennt und schon beim Einkaufen darauf achtet, was für Verpackungen man mit den Produkten kauft oder eben nicht kauft, spart man schon sehr viel Abfall. Die Gebühren werden ausserdem auch für den öffentlichen Abfall und für das Littering gebraucht.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP will zuerst ganz entschieden dem Votum entgegentreten, dass es bis und mit 1. Januar 2020 keine Rechtsgrundlage für die Querfinanzierung gibt. Es ist so, dass das Amt für Umweltschutz und Energie die langjährige Praxis in diversen Gemeinden um die Querfinanzierung akzeptiert und in sein Merkblatt aufgenommen hat. Es ist also überhaupt nicht so, dass erst jetzt eine Rechtsgrundlage kommt, sondern es wird schon seit Jahren akzeptiert. Das macht Sinn und deswegen wurde die Wegleitung angepasst. Man hat mit der Anpassung der Wegleitung gewartet, weil auch der Bund sein Merkblatt zum Umgang mit Siedlungsabfall angepasst hat. Damit man nicht die eigenen Richtlinien immer wieder anpassen muss, hat man die Änderung vom Bund abgewartet. Dies zum Vorwurf, man habe ohne Rechtsgrundlage Geld zur Seite gelegt. Das stimmt schlicht nicht. Das andere ist eine relativ einfache Rechnung: Es sind +/- 2 Mio. Franken in der Abfallkasse. 1,4 Mio. Franken davon waren Rückerstattungen der IWB. Wenn man diese abzieht sind es noch CHF 600'000 und wenn man dies durch die Einwohner teilt kommt man auf einen Betrag von CHF 40 pro Einwohner und das liegt deutlich unter dem Betrag, welchen das AUE als pro-Kopf-Beitrag in die Kasse empfiehlt. Die Gemeinderätin ist dankbar für das Votum zur Grünabfuhr. Es ist in der Tat so, dass diese kostenlos ist. Wenn man die Abfallgebühren senken möchte, müsste man sich überlegen, ob es nicht fairer wäre, die Grünabfuhr wieder kostenpflichtig zu machen. Wie es verschiedene Voten aufgegriffen haben, wird sinnvollerweise nun die Finanzierung des Werkhofs darüber abgehandelt und dann kann man schauen, wo es mit den Gebühren hingehet. Wenn wir merken, dass zu viel reinkommt, kann schnell eine Reduktion vorgenommen werden. Nachdem die Finanzierung des Werkhofs und einer allfälligen kleinen Entsorgungsstelle im Tal abgeschlossen ist, kann man dieses Thema wieder aufgreifen. Aber jetzt 1,4 Mio. Franken herauszuwerfen, was +/- einem Steuerprozent entspricht, wäre ungeschickt und die Gemeinderätin bezweifelt, dass die Lust gross ist, die Steuern um einen Prozent zu erhöhen, um diesen Anteil am Werkhof finanzieren zu können. Ausserdem ist die Motion das falsche Mittel, da es eigentlich ein Postulat sein müsste. Wie dem auch sei, beantragt die Gemeinderätin die Motion abzulehnen.

Roman Oberli, SVP würde gerne auf diverse Voten eingehen. Er hat grösste Mühe mit dem Votum der Gemeinderätin. Wenn es diese Grundlage effektiv gegeben hätte, hätte der Gemeinderat dies wohl hervorgebracht und sich nicht mit der Aussage, im Glauben der Zulässigkeit zu sein, dahinter versteckt und gesagt, es würde noch abgeklärt werden. Fakt ist, dass in dem Geschäft steht, dass die Vorgaben ab dem 1. Januar 2020 in Kraft treten. Der Redner kennt kein anderes Dokument, welches die bisherige rechtliche Grundlage gewährt. Mit der Aussage, dass jeder Bürger selber beeinflussen kann, wie viel er zahlen muss, ist der Redner absolut einverstanden. Jeder kann schauen, dass er Abfall spart und recycelt. Jedoch ist es trotzdem so, dass die Gebühren maximal Kostendeckend sein sollen. Dann kann man so viel Abfall sparen, wie man will, wenn man für die Gebühren trotzdem mehr als nötig zahlen muss. Dies ist ein Missstand, der aus Sicht der SVP-Fraktion behoben werden muss.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 13 JA / 26 NEIN (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 146

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2019

Postulat P. Bräutigam, CVP: Teilnahme der Gemeinde am Clean-Up-Day

Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Irene Karoussos, FDP teilt mit, dass die FDP-Fraktion in diesem Traktandum unterschiedlich abstimmen wird. Einigkeit mit dem Gemeinderat besteht vollumfänglich in der Sache, dass die Problematik von Littering und der diesbezüglichen Sensibilisierung der Bevölkerung nicht mit einem eintägigen Clean-Up-Day angegangen werden kann. Begrüssenswert ist auch, dass der Gemeinderat langfristig wirkende Aktionen und Programme lancieren bzw. unterstützen möchte. Die Probleme mit dem Littering sind stetig und eine Aufräumaktion an einem einzigen Tag im Jahr hat sicherlich einen gewissen Show-Effekt, ist aber nicht nachhaltig. Die Bevölkerung an einem Tag zum Aufräumen zu ermuntern, ist lobenswert aber eben nicht nachhaltig. Aus diesem Grund erachtet ein Teil der FDP-Fraktion dieses Engagement für einen einzigen Tag als nicht angebracht. Es würde nichts bringen und man solle sich auf echte Programme konzentrieren. Dieser Teil der FDP-Fraktion sagt also zusammen mit dem Gemeinderat: Der Clean-Up-Day ist eine gute Sache, aber nicht für einen Tag im Jahr und möchte das Postulat deshalb nicht überweisen. Für einen anderen Teil der FDP-Fraktion, dazu gehört auch die Rednerin, soll das Postulat an den Gemeinderat überwiesen werden. Es handelt sich beim Clean-Up-Day um ein gutes Gemeinschaftsereignis und es würde Kostenmässig nicht ins Gewicht fallen. Selbstverständlich soll sich die Gemeinde im Bereich Abfallpädagogik engagieren und Anti-Littering-Kampagnen unterstützen. Selbstverständlich sind es ständige Probleme, die nicht mit einem einzigen Clean-Up-Day gelöst werden können, aber das eine schliesst das andere nicht aus. Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Man kann also einen Clean-Up-Day durchführen, zumal sich das Verhältnis von Aufwand und Ertrag durchaus in einem

guten Rahmen bewegt, und trotzdem das Engagement an den sogenannten nachhaltigen Programmen beibehalten. Ausserdem ist durch den Gemeinderat nach dem Erachten der Rednerin zu vage formuliert worden, was für nachhaltige Aktionen unterstützt werden. Zu vage, um sagen zu können, dass der Clean-Up-Day tatsächlich durch die anderen Projekte überflüssig werden würde. Natürlich beinhaltet dieser Clean-Up-Day auch einen gewissen Show-Effekt, aber die Menschen in Binningen wissen es zu schätzen und begrüssen es, wenn sie in eine Aktion miteinbezogen werden. Die Menschen wollen auch selbst etwas machen. Marc Schinzel konnte seine Erfahrungen dazu an der 1. August Feier machen, an welcher die Bevölkerung aktiv miteinbezogen wurde. Der Effekt, dass die Menschen mitmachen, im Falle des Clean-Up-Days mitreinigen, können, darf man nicht unterschätzen und ist eine gute Sache. Es benötigt kein grosses Budget und die Verbindung mit dem gesellschaftlichen Aspekt ist wichtig. Mit der Beteiligung am Clean-Up-Day würde Binningen ein gutes und wichtiges Zeichen setzen und die Bevölkerung aktiv miteinbeziehen. Aus diesen Gründen plädiert die Votantin zusammen mit einem Teil der FDP-Fraktion für die Überweisung des Postulats.

Beatrice Büschlen, Grüne erwähnt, dass der diesjährige Clean-Up-Day am 13./14. September stattgefunden hat und dieses Geschäft demnach zu spät auf den Tisch kommt. Die Grünen freuen sich aber, dass der Gemeinderat das Anliegen zu 100 % unterstützt. Aber mutlos, wie bei vielen anderen Geschäften in diesem Jahr, bringt er Ausreden, um etwas nicht machen zu müssen. Als Bildungsrätin freut sich die Rednerin natürlich darüber, dass der Gemeinderat Abfallpädagogik an den Schulen wieder stärken will und die Abfallpädagogin häufiger buchen wird. Die Votantin war davon überzeugt, dass dies schon gemacht werde, was aber anscheinend nicht der Fall ist. Sowohl die Info über die Littering Toolbox als auch über die Clean-Up-Webseite kommen die digitalen Infos nicht bei allen Erwachsenen an. Viele sind noch nicht, sind nicht mehr oder werden nie digital unterwegs sein. Ausserdem macht es sich der Gemeinde mit der Toolbox zu einfach: Er schreibt von anderen Gemeinden ab, lässt andere arbeiten und deponiert keine neuen Ideen. Die Wirkung kann verpuffen, wenn so etwas nur einmal im Jahr organisiert wird. Der Sinn eines Aufräumtags ist nicht, die Hinterlassenschaften ausschliesslich von Kindern und Jugendlichen entfernen zu lassen, sondern auch von Erwachsenen. So wird nämlich auch von den Erwachsenen erkannt, was alles weggeworfen und illegal entsorgt wird. Auch hier muss die Gemeinde mit einer Vorbildfunktion voranschreiten. In seinem Bericht geht der Gemeinderat auf einen wichtigen Punkt beim Clean-Up-Day gar nicht ein: Alle Teilnehmer, ob gross oder klein, setzen ein Zeichen, fördern kommunale Begegnungen und es kann auch wertvolle Nachbarschaftshilfe entstehen. Der Tag hat also auch eine soziale Komponente und von diesen kann Binningen viel mehr gebrauchen. Die Gemeinde muss in seiner Vorbildfunktion den Anstoss dazu geben. Sie muss mehr und verschiedene Aktionen organisieren oder organisieren lassen. Deshalb werden die Grünen das Postulat an den Gemeinderat überweisen und hoffen, dass er aus dem Dornröschenschlaf erwacht. Der nächste Clean-Up-Day findet am 11. und 12. September 2020 statt.

Rahel Amacker, CVP sagt, dass das Liegenlassen von Abfall im öffentlichen Raum nach wie vor ein Problem darstellt. Wenn schon Abfall liegt, sinkt die Hemmschwelle, den eigenen Abfall ebenfalls zu deponieren. Die Sensibilisierung der Bevölkerung bezüglich der Litteringproblematik und einem Klimaschonenden Umgang mit Abfall ist in allen Altersgruppen wichtig. Eine genaue Beschäftigung mit dem Thema in der Schule ist auf jeden Fall essentiell. Somit kann den Kindern ein ressourcen- und umweltschonender Umgang sowie Lebensstil aufgezeigt und verinnerlicht werden. Trotzdem sieht die CVP-Fraktion auch Potenzial darin, neben der Schule eine Förderung zu betreiben. Sie ist überzeugt, dass Ideen für Kampagnen und Aktionen gegen Littering vorhanden sind. Eine zukünftige Beteiligung der Gemeinde am Clean-Up-Day sieht die CVP-Fraktion als Chance, um tolle Ideen umzusetzen und würde es deshalb befürworten. Wenn die Sensibilität der Bevölkerung für das Thema erhöht wird, spart dies der Gemeinde Binningen letztlich Reinigungskosten. Der Clean-Up-Day ist ein aktiver Beitrag, Binningen effektiv sauberer zu halten.

Roman Oberli, SVP betont, dass sich die SVP für Umweltschutz einsetzt und zwar nicht erst dann, wenn die politische Grosswetterlage und der Medien-Hype dies erfordern. So führt zum Beispiel die Junge SVP

Baselland seit Jahren auf freiwilliger Basis solch einen Clean-Up-Day durch. Die SVP ist jedoch nicht der Meinung, dass sich der Staat überall einmischen muss, sondern appelliert an die Eigenverantwortung des Individuums und zeigt wie erwähnt, wie diese Eigeninitiative aussehen könnte. In diesem Sinn werden alle herzlich dazu eingeladen, beim nächsten Clean-Up-Day der Jungen SVP Baselland teilzunehmen. Detaillierte Informationen werden zu gegebener Zeit auf der Webseite der Jungpartei und auf deren Facebook Seite bekanntgegeben. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Bettina Benthous, SP muss Irene Karoussos von der FDP ausnahmsweise absolut Recht geben mit ihrem zweiten Votum. Sie hat der Rednerin sogar die Wörter aus dem Mund genommen, denn was sie gesagt hat, steht bei ihr genauso da. Dass der Gemeinderat es als notwendig erachtet, diese Litteringproblematik anzugehen und die Bevölkerung darauf zu sensibilisieren, findet die SP-Fraktion sehr erfreulich. Dass der Clean-Up-Day zu wenig nachhaltig sein soll findet die Votantin etwas befremdlich, denn, wie es Irene Karoussos schon sagte: Das eine schliesst das andere nicht aus. Alle Vorschläge für eine langfristig wirkende Aktion sind überaus lobenswert. Die Gemeinde muss den Clean-Up-Day nicht selber organisieren, sie kann auch Einzelpersonen oder Gruppen unterstützen. Aber dieses Postulat einfach nicht zu überweisen, findet die FDP-Fraktion schade und ist für eine Überweisung im Sinne der Teilnahme im nächsten Jahr.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP betont, dass der Gemeinderat, so wie es auch im Bericht steht, die Stossrichtung des Clean-Up-Days zu 100 % unterstützt. Wie es Bettina Benthous, SP, schon erwähnte, muss die Gemeinde dies nicht selbst organisieren. Sie kann Personen und Organisationen unterstützen und das ist genau das, was der Gemeinderat auf jeden Fall machen will. Das Problem ist die eigenständige Organisation und die Umsetzung. Wenn die Gemeinde selbst am Clean-Up-Day mitmacht, dann besteht die Frage, ob es sinnvoll und nachhaltig ist, wenn der Abfall einer Woche liegengelassen wird, damit die Leute sehen, was an Abfall anfällt. Die Begeisterung der Bevölkerung ist wahrscheinlich nicht so gross, wenn die Gemeinde dann mitmacht. Diese sind die Hauptgründe dafür, dass der Gemeinderat alle Anliegen, Personen und Organisationen unterstützen möchte, die das machen, aber nicht will, dass die Gemeinde sich selbst am Clean-Up-Day beteiligt.

ABSTIMMUNG

Antrag 2 (Überweisung): 26 JA / 13 NEIN (Abstimmung 15)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 171

Bericht des Gemeinderats vom 12.11.2019

Interpellation S. Inäbnit, FDP: Negativzinsen für Fremdkapital

Geschäftskreisführung: Christoph Anliker

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

BEANTWORTUNG DER INTERPELATION

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP liest jeweils die Frage vor und gibt gleich danach die Antwort darauf.

1. *Wie hoch ist der durchschnittliche Zinssatz aktuell für die Gemeinde Binningen für bereits aufgenommenes Fremdkapital?*

Auf der Seite 22 des Budgets ist ein relativ grosser Posten an Fremdkapital von etwa 76,3 Mio. Franken ersichtlich. Die Gemeinde Binningen kennt Steuerguthaben und Fremdkapital von Drittinstituten. Bei Fremdkapital von Drittinstituten hat die Gemeinde Binningen mit Schuldschein vom 16. Dezember 2014 ein Darlehen zur PK-Ausfinanzierung bei der Post Finance AG mit einer Laufzeit von 15 Jahren über einen Betrag von CHF 13 Millionen Franken zu einem Zinssatz von 0.82% aufgenommen. Jährlich erfolgt eine lineare Amortisation von rund CHF 860 000. Per Ende 2018 betrug die Restschuld gegenüber der Post Finance AG rund CHF 9,5 Mio. Franken. Das Darlehen verfällt am 28. Dezember 2029. Wenn man denn Steuerguthaben als Fremdkapital bezeichnen möchte, dann vergütet die Gemeinde Steuervorauszahlungen bis zu einem definierten Betrag mit Eingang vor dem 30. September der Steuerperiode einen Vergütungszins von 0,3 % (beschränkt und auf 120 % der tatsächlich geschuldeten oder aufgrund provisorischer Rechnungsstellung ermittelten Steuer). Aktuell belaufen sich diese Zinsvergütungen auf rund CHF 75 000 für das Jahr 2019 und auf CHF 83 000 für das Jahr 2018.

2. *Hat der Gemeinderat Kenntnis, respektive ist er bereit zu prüfen, wie hoch der Zinssatz für die Gemeinde Binningen wäre bei substanzieller Aufnahme von langfristigem Fremdkapital?*

Bei substanzieller Aufnahme von langfristigem Fremdkapital (Offerten über 50 Mio. Franken mit vollständiger Amortisation innert 15 Jahren linear) befinden sich die Zinssätze aktuell zwischen 0,4 % und 0,5 %. Dies würde bedeuten, dass der Finanzhaushalt um zusätzliche rund 3,5 Mio. Franken (Amortisation und Zins, Annahme 0,4 %) jährlich belastet wird. Zudem würden insgesamt rund 2,5 Mio. Franken Negativzinsen aufgrund zu hoher Liquidität zwischen 2020 und 2024 anfallen, aufgrund der zu Beginn noch hohen Liquidität. Dies unter Annahme, dass gleich die komplett benötigte Finanzierung der Gesamtvorhaben sichergestellt wird.

3. *Welche Bonitätsstufe (A bis AAA) erreicht die Gemeinde Binningen aktuell?*

Die Gemeinde Binningen erreicht aktuell eine Bonitätsstufe von AAA. Dies ergaben die Recherchen mit unseren Finanzinstituten. Hauptgrund dafür ist sicherlich die aktuell positive Bilanzstruktur.

4. *Erachtet es der Gemeinderat als günstige Gelegenheit – unter Beachtung der Schuldenbremse – jetzt Fremdkapital mit Negativzins aufzunehmen, das zur Finanzierung der künftigen Investitionsvorhaben parkiert werden kann und der Gemeinde jährlich durch einen Negativzinssatz Einnahmen bescheren kann?*

In der Umgangssprache wird die Regel von § 41 GO als „Schuldenbremse“ bezeichnet. Doch eigentlich ist das Bild der Bremse nicht ganz korrekt. Denn es werden nicht Schulden gebremst sondern es wird verhindert, dass überhaupt einen Schuldenberg angehäuft wird. Somit setzt § 41 GO direkt bei der Verhinderung einer Neuverschuldung an und verhindert sozusagen eine Fremdkapitalaufnahme. Es gilt aber zu erwähnen, dass die Vermögenslage und Ertragslage der Gemeinde Binningen dabei völlig ausser Acht gelassen wird. Daher nenne ich die Schuldenbremse - Neuverschuldungsbremse. Die Fremdfinanzierung durch Drittinstitute ist im Finanzreglement der Gemeinde Binningen als solches nicht geregelt. Eine klassische Fremdkapitalaufnahme ist gemäss § 156 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) aber zulässig. Im Fall von Binningen müssten somit die Rahmenbedingungen zur Aufnahme von Geld geschaffen werden. Der Gemeinderat hat daher bei der Überarbeitung des Finanzreglements im Rahmen des Einwohnerratgeschäftes Nr. 108 Immobilienstrategie und Teilrevision Finanzreglement bereits einen Paragraphen Fremdkapital neu in das Reglement

eingefügt, um dem Umstand, der fehlenden Regelung, entgegenzuwirken. Die Gemeinde Binningen verfügt aktuell über eine hohe Liquidität und bezahlt auf einen Teil bereits Negativzinsen. Eine Aufnahme von Fremdkapital bei einem Drittinstitut mit Negativzinsen führt aktuell also dazu, dass die Liquidität höher würde. Da die Negativzinsen auf der Liquidität höher sind als der Ertrag aus dem Fremdkapital, macht diese Variante keinen Sinn. Ebenfalls halten sich die Drittinstitute zurück, Kredite mit Negativzins zu vergeben somit gilt bis jetzt immer noch die Prämisse, dass für Kredite Geld bezahlt werden muss. Bei Anlagen der Überschüssigen Liquidität gelten Regelungen, dass Anlagen mündelsicher sein müssen. Dies ist beispielsweise eine Staatsanleihe. Solche Anlagen werfen bei der Berechnung auf Verfall im Vergleich mit Negativzinsen auf Liquidität eine höhere Negativrendite aus. Bei der Fremdkapitalaufnahme für Investitionen sieht es anders aus. Jedoch gehört zur vollen Kostenwahrheit, dass jede Investition jährliche Abschreibungen, welche die Erfolgsrechnung belasten, zur Folge hat. Ebenfalls führen die Amortisationen der Kredite zu einer Verknappung der Liquidität. Aus diesem Grund sieht der Gemeinderat aktuell vom Parkieren von zusätzlichen, langfristigen Geldern eher ab.

5. Welche Gedanken macht sich der Gemeinderat insgesamt zur Fremdfinanzierung im aktuellen Zinsumfeld und welche Massnahmen prüft er konkret, um die Gemeindefinanzen durch das günstige Zinsumfeld zu entlasten?

Aufgrund der bevorstehenden Investitionsvorhaben ist der Gemeinderat bestrebt, laufend die Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen. Nebst den herkömmlichen Instituten zeigt sich vermehrt die Möglichkeit über elektronische Marktplätze (z.B. Loanbox) auf denen sich Kreditnehmer und Kreditgeber treffen, um kurz- und langfristige Finanzierungen zu vereinbaren. Im Fall der Gemeinde Binningen besteht auf solchen Plattformen die Möglichkeit vorhandene Liquidität gewinnbringend einzusetzen oder bei Bedarf Kapital am Markt zu beschaffen. Gemäss GR-Beschluss vom 1. November 2016 (Geschäft Nr. 458) wurde einer Registrierung bei Loanbox gutgeheissen. Als Maximalsumme für die zur Verfügung gestellte Kredite wurde 5 Mio. Franken definiert. Auf Grund der hohen Liquidität wäre aktuell interessant, überschüssiges Geld in Form eines kurzfristigen Darlehens (bis 1 Jahr) Dritten zur Verfügung zu stellen. Dadurch könnten wir den hohen Negativzinsen aus dem Weg gehen. Die Verwaltung prüft laufend und aktiv die Möglichkeiten. Die Schwierigkeit besteht darin, dass der allgemeine Markt, also Drittinstitute etc., sich mehr oder weniger mit Angeboten für Kredite überschlagen und dies macht es sehr schwierig, entsprechende Deals abschliessen zu können. Aufgrund der hohen Liquidität würde eine vorzeitige Tilgung des Darlehens bei der Post Finance AG Sinn machen, jedoch lässt die Post Finance AG keine vorzeitige Rückzahlung zu. Die Gemeinde hat dem APH Binningen ein Darlehen in der Höhe von 2 Mio. Franken zinslos vergeben. Der Gemeinderat entscheidet jedes Jahr darüber, mit welchem Zinssatz er Steuervorauszahlungen vergütet, respektive welchen Zinssatz er für Verzugszinsen verlangt. Der Gemeinderat möchte mit diesen attraktiven Konditionen den Steuerzahlern in Binningen seine Wertschätzung aussprechen. Die Gemeinde Binningen hat somit einen um 0.1 % attraktiveren Satz als derjenige des Kantons. Der Verzugszins liegt bei 6 %. Es wären mehrere Bankbeziehungen möglich. Da jedoch das Limit auf Beträgen, auf welchen keine Negativzinsen bezahlt werden, als wie kleiner wird, benötigt es ein Cash-Management, welches mehr Aufwand als Einsparungen generieren würde.

Sven Inäbnit, FDP wünscht eine kurze Diskussion.

ABSTIMMUNG

Antrag S. Inäbnit, FDP (Diskussionseröffnung): 33 JA / 4 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 16)

BESCHLUSS

://: Die Diskussion wird eröffnet.

Sven Inäbnit, FDP bedankt sich bei Gemeinderat Christoph Anliker für die Antwort. Er ist sich nicht sicher, ob diese so stufengerecht war, wie dies für den Einwohnerrat üblich ist, aber er ist gespannt darauf, sich die Antwort im Protokoll durchzulesen und diese Ausführungen nachzuvollziehen. Der Redner möchte nun eine Rückfrage zum zweiten Punkt stellen. Gemeinderat Anliker sagte, es wären Offerten für die Aufnahme von 50 Mio. Franken über 15 Jahre zu 0,4 % bis 0,5 % vorhanden. Der Votant äussert, dass er überall liest, dass einem das Geld hinterhergeworfen wird, um es ein wenig plakativ auszudrücken. Er versteht dies nicht und stellt an dieser Stelle die Rückfrage. Alles andere studiert er gerne zu einem späteren Zeitpunkt und kommt im einen oder anderen Fall vielleicht darauf zurück.

Gaida Löhr, SP empfand die Antwort als sehr ausführlich und hat nicht sehr viel verstanden. Man kann das Protokoll lesen, aber sie fände es in solchen Fällen sinnvoll, wenn die Ratsmitglieder solch eine Antwort vorab schriftlich erhalten würden.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP erklärt, dass der Negativzins in der Regel bei Guthaben anfällt und nicht auf Kredite. Viele Banken wollen immer noch Geld mit Krediten verdienen, das ist das Problem. Es ist so, dass die Banken beim Auszahlen eher zurückhaltend sind, aber beim Geld holen eher offensiv. Das sieht man am Beispiel der ZKB. Diese hat letzte Woche ihre Negativzinsen auf Guthaben herunterschraubt. Es gibt Kredite mit Negativzins, aber grundsätzlich ist es sehr schwierig einen fixen Kredit mit Minuszinsen zu erhalten.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 7, 8, 9, 10 und 11

BESCHLUSS

://: Vershoben.

Beantwortung der Anfragen

Anfrage Ph. Spitz, SP: Erweiterung des Zolli Basel nach Binningen (Schutzmatten-Parzelle) Nr. 185

Eva-Maria Bonetti, FDP beantwortet die Anfrage von Philippe Spitz bezüglich dem Zolli Basel sehr gerne wie folgt. Sie liest erst die Frage vor und gibt anschliessend die Antwort darauf.

1. Was ist der Entwicklungsstand bezüglich der für 2024 geplanten Zolli Erweiterung nach Binningen? Was ist seit 2015/2016 passiert?

Es steht uns als Gemeinde nicht zu, diese Frage zu beantworten. Dies müsste die Grundeigentümerin respektive Baurechtnehmerin (Zool. Garten Basel) tun. Die rund 15 000 m² grosse Parzelle gehört der Stadt Basel und sie ist mit einem Baurecht zu Gunsten des Zoologischen Gartens bis 2070 belegt. Die

Parzelle liegt gemäss Zonenplan und Reglement (rechtskräftig seit 2013) in der OeWA-Zone mit Zweckbestimmung Zoologischer Garten Basel.

2. Steht der Gemeinderat diesbezüglich mit den Zolli-Verantwortlichen in Tuchföhlung?

Ja, es finden regelmässige Treffen, mindestens einmal pro Jahr resp. nach Bedarf, Austausch-Gespräche der Verantwortlichen von Gemeinde und Zoo statt. Die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Zoos ist sehr gut und die Gemeinde Binningen wurde und wird aktiv eingebunden.

3. Ist der Gemeinderat bereit, proaktiv auf den Zolli zuzugehen, um ggf. in enger Abstimmung eine Zolli-Erweiterung ab 2024 in Richtung Binningen anhand nehmen und planen zu können?

Siehe auch die Beantwortung der obigen Frage. Die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem Zoo ist sehr gut. Der Lead bei der Planung liegt aber klar beim Zoo als Baurechtnehmer. Die Gemeinde Binningen bietet Hand, die Planung nach Bedarf in den Prozessen und Schnittstellen zur Umgebung zu unterstützen. Die zeitliche Planung obliegt dem Zoo.

4. Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass ein irgendwie geartetes Ozeanium-Ersatzprojekt nicht auf Binner Boden erstellt werden sollte?

Diese Frage kann so nicht beantwortet werden, da zuerst ein konkretes Projekt vorliegen müsste, damit eine Beurteilung überhaupt vorgenommen werden kann. Die Gemeinde geht davon aus, dass sich der Zoo nach dem Volks-Nein zum Ozeanium-Projekt seine Gedanken über die Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens macht, bezüglich Entwicklung des Zoologischen Gartens und Alternativen. Die Gemeinde Binningen ist bereit, Vorschläge über die Nutzung der Parzelle auf Gemeindegebiet Binningen entgegenzunehmen. Hierzu steht das Areal richtigerweise in der OeWA-Zone mit Zweckbestimmung Zoologischer Garten Basel, was grossen Spielraum offen lässt. Wie gesagt liegt der Lead beim Zoologischen Garten und nicht bei der Gemeinde Binningen.

5. Teilt der Gemeinderat die Meinung des Anfragenden, dass die Zolli-Erweiterung mit allfälligem Zolli-Eingang auf Binner Boden für Binningen eine einmalige Chance wäre und den Freizeitwert und die Standortattraktivität Binnings sinnvoll erhöhen würde?

Ja, absolut. Vor allem eine Öffentlichmachung und Zugänglichkeit des Areals würde die Attraktivität gegenüber heute enorm erhöhen und zu einer Aufwertung föhren. Die Gemeinde hat die bis jetzt notwendigen „Hausaufgaben“ gemacht und die OeWA-Zone entsprechend im Zonenplan bestätigt.

Anfrage S. Abt, SP: 5G – Skepsis wie in Reinach, so auch in Binningen

Nr. 186

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP beantwortet diese Anfrage.

1. Ist der Gemeindepräsident / der Gemeinderat im Gespräch mit den Reinacher Amtskollegen, um auch den Binner Interessen bei der Swisscom Gehör zu verschaffen?

Die Antwort lautet Nein.

2. Falls dies bisher nicht der Fall ist: Erklärt sich der Gemeindepräsident / der Gemeinderat bereit, sich nach Möglichkeit dem Gemeindepräsident von Reinach anzuschliessen und am Gespräch mit der Swisscom teilzunehmen?

Nein, das ist bisher nicht vorgesehen.

3. Falls nein: Welche Gründe sprechen dagegen?

Am 23. September 2019 wurde im Einwohnerrat die Anfrage Nr. 168 „Mobilfunkantennen-Bau an der Wassergrabenstrasse 21, Sporthalle Spiegelfeld“ erläutert. Dort wurde darauf hingewiesen, dass der Bund die massgebenden gesetzlichen Grundlagen für Sendeanlagen des Mobilfunks festlegt. Die Bewilligungsbehörde für Mobilfunkantennen ist das Bauinspektorat beim Kanton. Der Gemeinderat kann auf Basis der aktuellen Gesetzgebung die Realisierung von weiteren 5G Sendeanlagen nicht beeinflussen. Der Gemeinderat hat für die Skepsis gegenüber der 5G Technologie volles Verständnis. Wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die zu einem anderen Resultat kommen, als die bisherigen, wird der Gemeinderat umgehend aktiv werden. Es wird davon ausgegangen, dass der Bund hierbei vorausschicken wird. Die Regelungen des Bundes gelten für die ganze Schweiz. Der Gemeindepräsident hat Kenntnis von der Aktion von Melchior Buchs (Gemeindepräsident Reinach) und es interessiert ihn brennend, ob er einen anderen Weg gefunden hat, um etwas bewirken zu können. Letztlich verweist auch die Swisscom auf den Bund, welcher die massgebenden Regelungen vorgibt und die Swisscom kann sich sehr ruhig bewegen, indem sie sagt, sie habe sich an die gesetzlichen Grundlagen gehalten. Der Redner denkt aber, dass die ganze Diskussion, auch die wissenschaftlichen Untersuchungen, weiterhin beflügeln werden und er hat Kenntnis von zwei laufenden Studien. Es kann also gespannt auf das Ergebnis gewartet werden, ob bei der Einschätzung bezüglich einer Gefährdung der Menschen neue Erkenntnisse hervorkommen oder nicht.

Anfrage R. Büchelin, SP: Glasfasernetz in Binningen

Nr. 187

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Anfrage und schreitet direkt zur Beantwortung fort.

1. Wie weit fortgeschritten ist der Ausbau des Glasfasernetzes in Binningen?

Beim kommunalen Kabelnetz handelt es sich um ein sogenanntes HFC (Hybrid fiber coax)-Netz. Das heisst, dass ein grosser Teil der Kommunikationsleitungen vom HUB bis zu den Verteilpunkten in den Quartieren in Glasfaser verlegt sind. Die Feinverteilung in den Quartieren bis in die Häuser und Wohnungen ist mit Coax-Kabeln sichergestellt. Übrigens betreibt auch die Konkurrenz kein FTTH (fiber to the home)-Netz in Binningen und die Glasfasern sind bis in die Quartiere und nicht bis in die Häuser gezogen.

2. Bis wann ist der Ausbau abgeschlossen?

Ein weiterer Ausbau des Glasfasernetzes wurde nicht beschlossen für Binningen, jedoch wird die Leistungsfähigkeit des Netzes laufend mit dem altershalben Ersatz aktiver Komponenten (Verstärker) erhöht, sodass im Moment und in näherer Zukunft das Netz noch genügend Kapazität aufweist. Zudem befindet sich eine Überprüfung der letzten Netzentwicklungsstudie 2014 momentan in Arbeit. Mit dieser soll der Bedarf für einen künftigen Ausbau erhoben werden und sie soll auch als wichtige Grundlage für die Totalrevision des GGA-Reglements dienen.

3. Werden alle Haushalte/Betriebe etc. mit einem Glasfaseranschluss versorgt?

Dementsprechend Nein.

4. Wer ist für die Installation im Haus / Wohnung / Betrieb etc. zuständig?

Ab dem BEP (Gebäudeeintrittspunkt) sind die privaten Hauseigentümer für die Installation verantwortlich.

5. Wer trägt die Kosten für die Anschlüsse?

Neue Hausanschlüsse bis zum BEP werden auf Gesuch durch die Gemeinde realisiert und getragen sowie gemäss Gebührenordnung mit einem pauschalen Anschlussbeitrag den Privaten weiterverrechnet.

Anfrage R. Oberli, SVP: Parkplatzabbau

Nr. 188

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich auch für die Anfrage und schreitet direkt zur Beantwortung fort.

1. *Mit welchen Methoden misst die Gemeinde die Parkplatzauslastung? Zu welchen Zeiten erfolgen die Messungen und über welche Zeitspanne (Dauer der Messung)?*

Die Belegung der öffentlichen Parkplätze auf Strassenzügen wird nur situativ erhoben im Rahmen von Projekten oder aktuellen Problemfällen. Die Erhebungen werden visuell durchgeführt durch Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung und es wird eine entsprechende Statistik geführt. Die Messanlage wird situativ festgelegt. Nach Möglichkeit wird zu verschiedenen Tageszeiten, an verschiedenen Wochentagen und über einen längeren Zeitraum erhoben.

2. *Wie viele öffentliche Parkplätze wurden in Binningen im letzten, in den letzten 5, sowie den letzten 10 Jahren abgebaut?*

Die Erhebungen über das Angebot der öffentlichen Parkplätze auf Allmend werden erst seit 2014 durchgeführt, die Zahlen lauten wie folgt:

2014: 1655
2015: 1646 (-9 PP oder -0.5% gegenüber Ausgangswert)
2016: 1639 (-7 PP oder -1.0%)
2017: 1631 (-8 PP oder -1.5%)
2018: 1625 (-6 PP oder -1.8%)

Auf der anderen Seite wurde im Rahmen privater Bautätigkeit eine Vielzahl von Parkplätzen neu geschaffen.

3. *Wie viele Parkplätze plant der Gemeinderat im nächsten, in den nächsten 5, in den nächsten 10 Jahren abzubauen bzw. sollen durch (Bau)Projekte wegfallen?*

Es ist nicht beabsichtigt, Parkplätze in den kommenden Jahren abzubauen. Situativ im Rahmen von Projekten, Problemfällen, privaten Parkplatzrealisierungen angrenzend an Strasse (Zufahrt) kann dies aber weiterhin vorkommen. Für die grösseren Bauprojekte an der Benkenstrasse und am Neubadrain wurde dies mit der Vorlage kommuniziert (Reduktion 10 Parkplätze resp. 3 Parkplätze).

4. *Beabsichtigt der Gemeinderat politisch motiviert Parkplätze abzubauen?*

Nein, das ist in keiner Weise beabsichtigt.

5. *Welche Folgen haben der bisher erfolgte und der künftig erwartete Parkplatzabbau auf den Suchverkehr in den Quartieren?*

Aus Sicht des Gemeinderats hat der relativ geringe Parkplatzabbau auf der Allmend gar keinen Einfluss auf den Suchverkehr in den Quartieren. Die Gründe sind die Parkplatzpflicht im kantonalen Baugesetz

(Private können auf dem eigenen Grundstück parkieren statt auf der Strasse), die flächendeckende Bewirtschaftung mit blauer Zone und auch das Aufkommen anderer Mobilitätsformen und Angebote haben geholfen, den Suchverkehr zu vermindern.

Traktandum 13

Diversa

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP erinnert daran, dass am Sonntag 5. Januar 2020 ein Neuzuzügerapéro stattfindet, zwischen 16.00 und 17.00 Uhr. Ab 17.30 Uhr desselben Tags findet der offizielle Neujahrsapéro statt. Die nächste ordentliche Einwohnerratssitzung findet am Montag, 3. Februar 2020 statt und beginnt um 19.30 Uhr.

Die Präsidentin bedankt sich für den Einsatz aller und wünscht eine wunderschöne Adventszeit, schöne Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP äussert sich kurz zum Weihnachtsgeschenk an die Einwohnerratsmitglieder: Einem Monopoly Spiel in Basel-Edition. Dieses ist ein Ergebnis vom Standortmarketing, wo sich der Gemeinderat engagiert hat über darüber die sehr exklusive Gelegenheit bekommen hat, dem Einwohnerrat solch ein Spiel zu überreichen. Das eine oder andere Objekt kennt man wohl und eines ist in Binningen zuhause: Das Schloss Binningen. Der Gemeinderat ist gespannt, ob dieses verkauft, gekauft oder vermietet wird. In diesem Sinne wünscht auch er schöne Festtage und einen guten Start in das neue Jahr. Der Gemeinderat bedankt sich beim Einwohnerrat für die gute Zusammenarbeit.

Applaus

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP schliesst somit die Sitzung und lädt im Namen der SVP-Fraktion zum Apéro ein, der von der Wagenclique Vorstadt-Glunggi vorbereitet wurde. Dafür bedankt sich die Präsidentin.